

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Große Fleisergasse Nr. 14, I.  
Telephonruf 5044.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 15 Pfg., von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleitete Bezahlung angenommen.

Nr. 6.

Sonnabend, den 10 Februar 1906.

10. Jahrgang.

## Streiks, Sperrungen und Lohnbewegungen.

**Posta.** Indem es die Unternehmer im Sommer 1905 nicht für nötig befunden haben, in Tarifverhandlungen mit uns zu treten, jetzt jedoch von uns verlangen, mit unorganisierten Kollegen zu verhandeln, sehen wir einen unausbleiblichen Kampf voraus. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorts, insbesondere Brecher, die Zahlstelle Posta zu meiden.

**Hardheim.** Die Firma Kaiser Steinbruch-Aktiengesellschaft, sucht in verschiedenen Blättern tüchtige Steinmetzen nach Hardheim und Waldhörn. Bisher Beschäftigte sind teilweise wegen schlechter Entlohnung abgereist. Zugang ist fernzuhalten.

**Sohnausdorf.** Die Firma Main-Sandsteinwerke ist gesperrt. Auch in Ebelsbach hat diese Firma die führenden Kollegen entlassen.

**Airbach-Ebelsbach-Eltmann.** Zugang nach hier ist streng fernzuhalten. Die Vertrauensleute wurden gemahregelt.

**Sindelsfeld, Bedenkirchen, Elmshausen und Bensheim.** Die Aussperrung dauert fort. Die Herren Kreuzer und Böhringer suchen in niederbayrischen und oberpfälzischen Zeitungen Arbeitswillige. Den Leuten wird hoher Lohn versprochen und dabei wird verschwiegen, daß sie ihren Steinarbeiten, die unserem Verbandsangehörigen, das Koalitionsrecht illusorisch machen. — Wie uns gemeldet wird, ist der Agent Schegle bereits in Gausenberg, Büchberg, Metten usw. gewesen. Wie wir erfahren, sollen Arbeitswillige nun aus Oesterreich-Schlesien angeworben werden. Jeder Granitarbeiter weise Arbeitsangebote der Firma Kreuzer u. Böhringer ab. 192 Mann sind schon seit sechs Wochen wegen Verbandszugehörigkeit aufs Pflaster geworfen.

**Happelrodt.** Der Streik dauert fort. Zugang nach dem Schwarzwald ist streng fernzuhalten.

**Madweiler (Unterelb).** Sämtliche organisierte Kollegen von Madweiler und Umgebung sind ausgesperrt.

**Karlshöhe.** Die organisierten Marmorhelfer der Firma R. Häfel wurden entlassen. Plaz Rupp und Müller ist gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Singwitz bei Baugen.** Plaz Genke gesperrt.

**Kaufmühl.** Zugang streng fernhalten. Die Vorstandskasse wurde gemahregelt.

**Detmold.** Plaz Jaminet ist gesperrt; wegen Lohnabzug haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. (Mischenbau.)

**Dürheim.** Die Sperre über Plaz Fideisen bleibt bestehen.

**Rüthen.** Firma Vergenthal gesperrt.

**Löbels bei Halle.** Der Werkführer Georg Bauer hat acht Verbandsmitglieder entlassen, diese waren Mitglieder der Lokalkommission. Unter den Entlassenen befindet sich auch der Vertrauensmann. Wahrscheinlich sucht nun Herr Bauer in Niederbayern, so aus Metten, Egg, Mauerberg usw., neue Arbeitskräfte heranzuziehen. Es ist Pflicht jedes Granitarbeiters, eventuelle Arbeitsangebote zu ignorieren. (Siehe Artikel.)

## Sozialdemokratie und Gewerkschaften.

I.

Ohne Zweifel weisen sozialdemokratische Partei und moderne Gewerkschaftsbewegung in ihren Funktionen allerlei sehr wesentliche Verschiedenheiten auf: das Eine aber wird niemand bestreiten können, daß beide von der gleichen Mutter stammen: der großkapitalistischen Produktionsweise. In früheren Epochen mochte es einzelne Schwärmer geben, deren weltverbesserische Gesellschaftsideale stark sozialistische Züge aufwiesen — eine sozialistische Massenbewegung aber konnte erst dann entstehen, als wirklich Massen vorhanden waren, deren Lebensinteressen den Sozialismus gebieterisch heischten — moderne Proletariatsmassen. Und ebenso konnte der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erst dann sich zu einem das ganze gesellschaftliche und soziale Leben beherrschenden Klassenkampfe auswachen, nachdem diese Schichten nicht mehr, wie in der Zunftzeit, ununterbrochen ineinander übergingen, nachdem der Gesellenstand nicht mehr, wie einst, nur ein Uebergangsstadium vom Lehrlingsstande zum Meisterstande war, nachdem nicht mehr jeder, der heute als Geselle zu den „Ausgebeuteten“ gehörte, mit Sicherheit darauf rechnen konnte, übers Jahr selbst zu den Meistern, den „Ausbeutern“, zu gehören. Gewiß gab es auch zwischen den Zunftgesellen und Zunftmeistern des Mittelalters manchmal erbitterte Kämpfe, es waren aber am letzten Ende schließlich gewissermaßen nur „Familienzwiste“ — nach außen hin, den andern Klassen gegenüber, stellten beide doch eine soziale Einheit dar: die Zunft, das Handwerk.

Ein Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter als großer, die ganze Gesellschaft in zwei schroff einander gegenüberstehende Heerlager spaltender Klassengegensatz kann erst in dem Moment eintreten, wo Arbeitsmittel und Arbeitskraft nicht mehr zusammengehören, wo die große Masse der in der Produktion Tätigen nicht mehr Besitzerin der zur Produktion nötigen Mittel ist, wo einige Wenige nur noch in der Lage sind, diese Produktionsmittel zu erwerben und zu erhalten, während die große Masse nichts anderes mehr besitzt als ihre Arbeitskraft, die sie nun, um leben zu können, den Besitzern der Arbeitsmittel zu jedem

ihre Existenz eben noch ermöglichenden Preise verkaufen muß. Diese Klassenscheidung setzt erst ein bei dem Aufkommen der großen Manufaktur mit ihrer bis ins kleinste gehenden Arbeitsteilung und vor allem bei der Einstellung der Dampfkrast in den Dienst der menschlichen Arbeit, der Erfindung der Dampfmaschine, dem Entstehen des modernen Fabrikbetriebes, dessen Etablierung nur Leuten möglich ist, denen ein gewisses Kapital zur Seite steht. Für Deutschland ist diese Entwicklung verhältnismäßig sehr jungen Datums; bis an die Schwelle des 19. Jahrhunderts war die Masse der in der Produktion Tätigen auch Besitzerin der Produktionsmittel, bearbeitete für eigene Rechnung und Gefahr mit eigenem Handwerkszeug eigene Rohstoffe: noch im Jahre 1784 gab es in dem damaligen Herzogtum Magdeburg 27 050 selbständige Meister, aber nur 4285 Gehilfen und Lehrlinge (zusammengenommen). Zur gleichen Zeit zählte man im Fürstentum Würzburg auf 13 762 Meister im ganzen nur 1176 Gehilfen und Lehrlinge. Auf je 100 Meister kamen also in beiden Gebieten nur 15 fremde Arbeitskräfte — seien es nun Gehilfen oder Lehrlinge. Mehr als fünf Sechstel aller Betriebe waren Kleinbetriebe, arbeiteten ohne jede fremde Hilfskraft. In der Stadt Bochum gab es im Jahre 1780 auf 26 Schuhmachermeister 3, auf 13 Schreinermeister 2, auf 21 Wäckermeister 8, 8 Zimmermeister und 5 Maurermeister je einen Gehilfen. Alle anderen Handwerke arbeiteten ganz ohne Gesellen. Daß unter solchen Umständen das ganze Gesellschaftsbild anders aussehen mußte als heute, daß speziell an einen Gewerkschaftskampf in unserem Sinne absolut nicht zu denken war, versteht sich von selbst.

Erst als die große Industrie gewaltige, auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesene Proletariatsmassen geschaffen hatte, wurde der Kampf zwischen Angebot und Nachfrage, der um die Ware Arbeitskraft entbrannte, zu einem beherrschenden sozialen Problem. Erst jetzt gab es eine Klasse, und zwar war dies gar bald die zahlreichste Klasse, die ein Lebensinteresse daran hatte, ihre einzige Ware, eben die Arbeitskraft, so teuer wie möglich zu verkaufen und sie durch Schonung so lange wie möglich verkaufsfähig zu erhalten, immer wieder verkaufsfähig zu machen, während eine andre Klasse das genau entgegengesetzte Interesse hatte: erst jetzt trat, alle andern sozialen Gegensätze, wie den zwischen Patrizier und Bürger und den zwischen Stadt und Land weit hinter sich lassend, mächtig in den Vordergrund der Kampf um Arbeitslohn, Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen, und erst jetzt wurde das wichtigste Organ der Proletarier in diesem Kampfe nötig und möglich: die moderne Gewerkschaft!

Konnten Gewerkschaften sich also nur bilden auf dem Boden großkapitalistischer Produktionsweise, so zeigte sich auf der andern Seite zugleich, daß, so wenig sie an sich über den Rahmen dieser Produktionsweise hinausstreben, so sehr ihre Tätigkeit vielmehr gerade auf den wirtschaftlichen Gesetzen dieser Produktionsweise basiert war, die bürgerliche Gesellschaft und der bürgerliche Staat in ihnen mit seinem Klasseninstinkt revolutionäre Faktoren erblickten. Wer die Arbeiter lehrt, sich zu zählen, sich zusammenzuschließen, gemeinsam zu kämpfen, wer in ihnen höhere Bedürfnisse weckt, der revolutioniert sie — mag er das nun beabsichtigen oder nicht. Lernen die Arbeiter erst die Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes kennen, so lernen sie auch seine Grenzen kennen, die zusammenfallen mit den Grenzen des Klassenstaats selbst; sie werden zu bewußten Gegnern dieses Staates und dieser Produktionsordnung — zu revolutionären Sozialisten.

Dieser Zusammenhänge war sich die Bourgeoisie natürlich nicht etwa von vornherein klar bewußt, wohl aber fühlte sie instinktiv, daß hinter jeder Gewerkschaftsgründung „die Hydra der Revolution“ lauere, und deshalb suchte sie der Bewegung gleich in ihren ersten Anfängen den Kopf zu zertreten. So wurde mitten im höchsten Freiheits-, Gleichheits- und Brüderlichkeitssturm der großen französischen Revolution, der gewaltigsten bürgerlichen Erhebung, die das europäische Festland gesehen hat, am 18. Juni 1791, ein Gesetz erlassen, das alle Arbeiterkoalitionen rundweg verbot, da sie unvereinbar mit dem durch die Revolution proklamierten „Prinzip der Freiheit der Arbeit“ seien. Es wurde den Arbeitern verboten, „bei Zusammenkünften Vorsitzende, Sekretäre oder Syndici zu wählen, Listen zu führen oder Beschlüsse zu fassen über angebliche gemeinsame Interessen“. Wer gegen dies Gesetz frevelte, sollte für ein Jahr aller politischen Rechte verlustig gehen und 500 Frank Strafe zahlen. Wurden gegen Unternehmer oder andre Arbeiter gar „Drohungen“ laut, so mußte der Missetäter 1000 Frank Strafe zahlen und auf drei Monate ins Gefängnis wandern. Dies Gesetz wurde einige Jahre später noch beträchtlich verschärft.

Wie sehr auch die Bourgeoisie in dem klassischen Lande der bürgerlichen Freiheit, in England, sich gegen das Aufkommen von Arbeiterkoalitionen gewehrt hat, ist bekannt: von 1799 bis 1824 hat gegen die englischen Trade-Unions ein Ausnahmegesetz der drückendsten Art bestanden, das den Gründern und Leitern von Gewerkschaften nicht nur Geld- und Gefängnisstrafen, sondern sogar Verbannung

und Zwangsarbeit androhte — Strafen, die denn auch oft genug verhängt worden sind. Der Polizei und Zunkerstaat Preußen-Deutschland hat während der zwölf Jahre des Sozialistengesetzes nicht infamer gegen die Gewerkschaften gewütet, als es der liberale Musterstaat England während jenes Vierteljahrhunderts getan hat. Und daß man in Deutschland auch schon gegen die allerersten Versuche der Arbeiter, sich zu koalieren, mit äußerster Wut vorging, bedarf wohl kaum erst längerer Ausführungen. Nur ein paar ganz kurze Daten! Nachdem schon im 18. Jahrhundert in einzelnen Staaten sowohl wie von Reichs wegen äußerst scharfe Verordnungen gegen die „unter den Gesellen entdeckten Mißbräuche“ erlassen worden waren, wiederholten sich in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts solche Verordnungen immer häufiger und am 3. Dezember 1840 faßte der selige Bundestag einen Beschluß, der da bestimmte, daß allen Handwerksburschen, die sich in einem „fremden“ Bundesstaate (d. h. in jedem der paar Duzend deutschen Vaterländer, in dem sie nicht zufällig geboren waren!) Bergehen durch Teilnahme an unerlaubten Gesellenverbindungen, Gesellengerichten und Berufserklärungen zuschulden kommen lassen, nach der Untersuchung und Bestrafung ihres Bergehens die Wanderbücher und Reisepässe abgenommen werden sollten; daß in diesen die begangene und genau zu bezeichnende Uebertretung der Gesetze nebst der verhängten Strafe zu vermerken sei und die Wanderbücher oder Reisepässe an die in Betracht kommenden Heimatsbehörden zu schiden seien. Solche Gesellen sollten nach überstandener Strafe überdies an ihre Heimatsbehörde ausgeliefert, dort unter dauernder Polizeiaufsicht gehalten und niemals wieder in einem andern Bundesstaate zur Arbeit zugelassen werden.

Diese für unsere Begriffe haarsträubenden Anschauungen über Arbeiterkoalitionen änderten sich auch dann nicht, als die Arbeiter auf den Barrikaden der Märzrevolution dem „dritten Stand“ die bürgerliche Freiheit erobert hatten. Die im Jahre 1848 überall losbrechenden Streiks erfüllten das Bürgertum mit blassem Entsetzen, die Vossische Zeitung, das Leibblatt des „revolutionären“ Berliner Spießbürgertums, überschüttete die Gründer von Gewerkschaften mit einer wahren Schlammflut niederträchtigster Invektiven und die gleichfalls höchst liberale Nationalzeitung proklamierte feierlich den Grundsatz, daß Streiks nur zulässig sein dürften mit ausdrücklicher Genehmigung einer hohen Obrigkeit. —

Warum wir diese historischen Reminiszenzen hier ausgegraben haben? Aus keinem andern Grunde, als um an Beispielen gerade aus den revolutionären Epochen der für uns hier wichtigsten Länder nachzuweisen, daß der Gedanke bürgerlicher Freiheit auch in seiner reinsten, am wenigsten verfälschten Fassung, und der Gedanke proletarischer Freiheit, wie er lebendig zum Ausdruck kommt in den Gewerkschaften, einander gegenüberstehen wie Feuer und Wasser. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und wie die schönen Schlagworte der bürgerlichen Revolution sonst noch heißen mögen, bedeuten im Munde des Gewerkschaftlers etwas im tiefsten Wesen andres, als im Munde des Bourgeois, da eben die Interessen beider Grundverschieden, diametral einander entgegengesetzt sind! Freiheit im Sinne des Bourgeois ist die Freiheit auszubehuten und sich ausbeuten zu lassen. Freiheit im Sinne des Proletariats ist die Befreiung von der Ausbeutung! Welch ein ungeheuerliches Mißverständnis muß also dem Gedanken zugrunde liegen, die Gewerkschaften dürften oder könnten auch nur jemals politisch „neutral“ sein und den auf dem bürgerlichen Freiheitsbegriff aufgebauten Parteien genau ebenso gegenüberstehen wie der einzigen Partei, die den Begriff proletarischer Freiheit auf ihre Fahne geschrieben hat — der Sozialdemokratie!

## Bilder aus dem gegenwärtigen Wirtschaftsleben.

### II. Die Arbeiterschaft und die Kartelle.

Ein bekannter Volkswirtschaftler, Ludwig Pohle in Frankfurt a. M., der, wie wir von vornherein gleich bemerken müssen, in politischer Beziehung ziemlich weit rechts steht, schreibt in seinem Buche über: Die deutsche Wirtschaftsentwicklung im 19. Jahrhundert, folgendes über die Kartelle:

„Das Kartell erweitert seinen Wirkungsbereich auf Kosten der Einzelunternehmer und beschränkt diese immer mehr in ihrer Selbstständigkeit. Schon längst, ehe der sozialistische Zukunftsstaat daran denken kann, sie zu expropriieren, müssen es die Unternehmer erleben, wie das Kartell sie bei Aufrechterhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung aus den wichtigsten der volkswirtschaftlichen Funktionen, die ihnen anfänglich zu selbstständiger Besorgung überlassen waren, entsetzt und verdrängt und sie oft nur als technische Betriebsleiter beläßt oder als eine Art von Kartellbeamten beschäftigt. Insofern läßt sich ein gewisser sozialistischer Zug bei den Kartellen nicht leugnen und nicht unrichtig hat sie einmal ein amerikanischer Präsident als den Sozialismus der Besitzenden bezeichnet. Sie sind sozialistische Organisationen zu nicht sozialistischen Zwecken.“

Zu diesen prägnanten, die Entwicklung treffend skizzierenden Sätzen des bürgerlichen Nationalökonomenerübrigt sich eigentlich jedweder Kommentar; ungewollt gibt damit Herr Bohle der Klassenbewußten Arbeiterschaft zum Ueberflusse selber den Standpunkt an, den sie der vordringenden Macht der Kartelle gegenüber einzunehmen hat; ungewollt weist er ferner dem Proletariat den Weg, der einzig und allein zu seiner schließlichen Emanzipation führen wird und zeigt, daß einige Etappen nach diesem Endziele bereits erreicht sind.

Lassen wir aber vorerst diese konsequenten Schlussfolgerungen einmal außer acht und gehen wir zunächst an die uns hier am nächsten liegende Elementarfrage: Hat die Arbeiterklasse in den Kartellen, dem „Sozialismus der Besitzenden“ nach Bohle, einen wirtschaftlichen Fortschritt zu sehen und sie demzufolge als neuen Faktoren der folgerichtig vorwärts zu höheren Entwicklungen drängenden, sich voll auslebenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu begrüßen?

Wir glauben, mit eindringlicher Entschiedenheit diese Frage in ihrer Allgemeinheit bejahen zu müssen. Unstreitig sind die Kartelle ein Element, das die heutige Wirtschaftsorganisation weiterführt; sie bilden eine weiter vorgeschobene Etappe auf dem vorgezeichneten Wege des Kapitalismus gegenüber der Produktionsweise des unsozialisierten Unternehmertums. Denn das Voranschreiten der Kartelle besagt im Grunde weiter nichts als den Sieg der größeren Wirtschaftlichkeit über bereits allmählich Veraltendes. Technik und Organisation werden durch die Kartelle unstreitig höheren Formen zugeführt, sie ermöglichen eine einheitlichere Leitung der Produktion und des Absatzes und eine größere Ersparnis an Arbeit und Arbeitskräften, neben intensiv fortgeschrittener Arbeitsteilung. Leicht fällt es hier ins Auge, daß beim Vergleich der Einzelbetriebe mit den Kartellen zugunsten dieser eine ganze Reihe von Momenten ins Feld zu führen sind, die sich bereits bei einer Erörterung der Ueberlegenheit des industriellen Großbetriebs über den Kleinbetrieb ergeben. Schon mehrten sich tausendfach die Anzeichen, daß die Kartelle unaufhaltsam von einer über ihnen stehenden kapitalistischen Bildung, den Trusts, überflügelt werden, der höchsten Stufe privatwirtschaftlicher Organisation, die in aller Deutlichkeit den Reim zur Umwandlung in eine gemeinwirtschaftliche in sich birgt, das Ziel der Emanzipationsbestrebungen des Proletariats!

Aber angehts dieser machtvoll vorwärts drängenden Entwicklung tauchen in manchen Arbeiterköpfen immer noch Fragen etwa folgender Art auf: Können wir in diesen neuen kapitalistischen Zusammensetzungen, die für uns Arbeiter weitere Schäden und Mißstände im Gefolge haben, unsere Abhängigkeit vom privaten Kapital noch steigern, die industrielle Reservearmee weiter vermehren, wirklich einen wirtschaftlichen Fortschritt, der sich ausleben muß, erblicken?

Auch bei Beantwortung derartiger Fragen kann man alle jene Einwände wieder hervorholen, mit denen man einst gegen alle Einwände wider den Großbetrieb überhaupt remonstrierte, dessen wirtschaftlich höhere Stufe man in Anbetracht seiner sozialen Schäden für die arbeitende Klasse vielfach ableugnete. Auch hier bei den Kartellen muß darauf hingewiesen werden, daß im Schoße der bestehenden Wirtschaftsordnung Neubildungen in der Produktionsweise sich niemals vollziehen können, ohne ganze Bevölkerungskategorien zu schädigen, herabzudrücken und die Scharen des Proletariats zu vermehren. Und die Erkenntnis muß immer gegenwärtig sein, daß auch die mannigfachen Mißstände, die durch die Kartelle ins Leben gerufen werden, nicht ihre ihnen eigentümliche innere Natur sind, sondern einzig und allein die Folge ihrer privatwirtschaftlichen Anwendung in der heutigen Gesellschaftsordnung durch das kapitalistische Unternehmertum. Und damit ist auch dem Kampfe des Proletariats der Weg gewiesen: Nicht gegen die neuerstandenen Wirtschaftsformationen — Großbetrieb, Kartelle, Syndikate und Trusts — als solche, sondern Kampf gegen das in ihnen waltende Kapital in privaten Händen! Denn erst, wenn die Betriebs- und Produktionsmittel überhaupt in die Hände der Allgemeinheit gelangt sind, kann die Ergiebigkeit der Produktion von den ihr heute noch anhaftenden Schläcken befreit werden.

Unterziehen wir aber nunmehr all die Schäden, die bei den Kartellen und Trusts mehr oder weniger in den Vordergrund getreten sind, einer näheren Betrachtung. Sehen wir uns zunächst den Arbeiter als Konsumenten an. Unstreitig ist er als solcher weniger an den Kartellen interessiert, als als Produzent, denn fast nur bei den Nahrungsmitteln und täglichen Gebrauchswaren hat er ein erhöhtes Konsuminteresse, da jene ihm durch Monopolkartelle gewaltig gesteigert werden können. Man denke nur an manche frühere Bier- und Petroleumkartelle. Aber die Erzeugnisse jener Industrien — vor allem die chemische und Eisenindustrie, in denen Kartelle und Trusts weitaus am ausgedehntesten sind, kommen eigentlich für die Konsumtion der Arbeiterklasse weniger in Betracht; handelt es sich doch hier meistens um Produkte, die als neue Produktionsmittel — Maschinen, Lokomotiven usw. usw. — in die Hände des Unternehmertums zurückgelangen. Ganz zu schweigen von Kanonen und Panzerplatten.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Heher müssen raus.

In dem Porphyrrwerk zu Löbejün bei Halle a. S. ist es durch das äußerst energische Auftreten des Werkführers Herrn Georg Bauer zu ersten Differenzen gekommen. Seit längerer Zeit streben unsre Verbandsmitglieder dahin, das vollständig wilde Affordsystem zu beseitigen. Auf die Preisfestsetzung der Werkstücke haben bisher die Kollegen nicht den geringsten Einfluß gehabt. Herr Bauer setzt die Preise fest und damit hat es sein Bewenden.

Reklamationen sind meistens ohne Erfolg. Die Steinmehnen müssen recht oft die Werkstücke selbst zurückerufen; wer dann in 2—3 Stunden diese Arbeit geleistet hat, erhält von Herrn Bauer großmütig etwa eine Stunde Lohn geschrieben. Dieses geschäftliche Gebaren hat unter den Kollegen schon die größte Entrüstung hervorgerufen. Wir fragen Herrn B., wo in der ganzen Welt ist es denn Sitte,

daß mit den Arbeitern so umgesprungen wird. Die vom Steinmehnen aufzubauenden Werkstücke sind nicht im geringsten zubossiert. Ob der Bosten 10, 20 oder 30 Zentimeter und darüber hoch ist, der Steinmeh hat einfach wegzuschlagen. Von einem Vossiergeld will das Geschäft natürlich auch nichts wissen.

Unsre Kollegen glaubten berechtigt zu sein, auf die Entlohnungsmethode einen Einfluß ausüben zu dürfen und verlangten die Abschaffung des wilden Affords. Vom Geschäft wurde die alte Ausrede vorgebracht, es wäre nicht mehr konkurrenzfähig. Diese naive Redensart haben natürlich alle Unternehmer. Also, weil die Löbejünner Porphyrrwerke angeblich nicht mehr konkurrenzfähig sein sollen, wenn der wilde Afford beseitigt wird, deshalb haben in Zukunft die Steinmehnen mit dem Lohn zufrieden zu sein, der ihnen vom Geschäft geboten wird. Nein, diese Entlohnungsmethode hat auch in Löbejün am längsten bestanden, dafür wird der Deutsche Steinarbeiterverband schon Sorge tragen.

Herr Georg Bauer ist selbstredend ein scharfer Gegner unsres Verbandes, denn am 5. und 6. Februar hat er acht Kollegen, tüchtige Verbandsmitglieder, entlassen. Es sind dies: Gustav Thomas (vorgeklagt zum Verbandsrat), Gustav Rippich (Vorstand), Christoph Moll, Georg Roth, Adolf Kiesel, Karl Zeike, Gottfried König, Peter Seigl aus Metten. Den letzteren Kollegen suchte Bauer bisher sehr väterlich in seine Obhut zu nehmen, und weil Seigl auch Verbandsmitglied ist, deshalb darf ihn die Gnadensonne des Herrn Bauer zukünftig nicht mehr bestrahlen. Als am letzten Dienstag Kollege Redakteur Staudinger mit drei Gemabregelten mit Bauer unterhandeln wollte, da fühlte B. erst, wie stark und mächtig er sei, denn er verbot diesen Kollegen wünschend den Platz. Recht geistreich äußerte Bauer, diese Heher müssen raus. Mit solchen nichtsagenden Redensarten lassen sich aber die Steinmehnen in Löbejün nicht im geringsten abpeifen. Was haben denn die acht Kollegen begangen, daß B. zu einer solchen Maßregel greift?

Andre erfahrenere Unternehmer unterhandeln mit der Organisationsleitung, schließen Tarife mit den Arbeitern ab, Herr Bauer aber gedenkt, einfach zu dekretieren und diejenigen zu entlassen, die die Verbandsinteressen wahren. Das Gegenteil von dem bewirkt er, was er erreichen will. Den Kollegen Thomas, der in den Augen des Herrn Bauer auch ein großer Sünder ist, der aber verheiratet ist, hätte er noch acht Tage weiterarbeiten lassen. Thomas hatte aber Charakter und verzichtete auf diese — Bevorzugung. Bauer denkt nun wahrscheinlich, er würde aus Metten usw. sofort genügend Leute als Ersatz für die auf Pflaster Geworfenen erhalten. Da irrt er sich aber gründlich; unferseits wird auch dafür gesorgt, daß diese Leute sich nicht nach Löbejün verirren. Zu seinem Leidwesen mußte B. erfahren, daß sich die niederbayerischen Steinmehnen sehr schnell akklimatisieren; wir wollen damit sagen, wenn sie in die Fremde kommen, sich sehr schnell organisieren. Auch die Agenten für Kreuzer u. Wöhringer durchqueren die geheiligten Gefilde von Niederbayern und der Oberpfalz, um Arbeitswillige für den Odenwald anzuwerben. Doch überall müssen sie mit sauren Gesichtern ohne die nötige Begleitung von Arbeitswilligentrupps wieder verärgert abziehen. Herr Bauer wird es hoffentlich nicht anders gehen, wenn er seine biederen Landsleute und ehemaligen Berufskollegen in den schönen Bergen des bayerischen Waldes eventuell aufsuchen will. Na, wir gratulieren schon zur Reise.

Wir können Herrn Georg Bauer aufs bestimmteste versichern, daß unser Verband über kurz oder lang in Löbejün geregelte Lohnverhältnisse zu schaffen in der Lage ist. Andre Leute als G. B. mußten schon ihre Ansichten bezüglich der gewerkschaftlichen Prinzipien und der gewerkschaftlichen Forderungen ändern, und die Redensarten, ihr organisierten Steinarbeiter seid Heher, müssen wir uns entschieden in Zukunft verbitten. Denkt denn G. B., er ist noch in Metten oder Naderberg wohlbestallter Polier, wo er sich organisierten Leuten gegenüber nach Belieben äußern konnte.

Es zeugt von keinem großen Bildungsgrade, wenn Bauer zu Staudinger sagte: „Du hast sofort den Platz zu verlassen.“

Wir haben schon mit vielen Unternehmern und deren Vertreter verhandelt, aber so ungeziemt, den einfachsten Anstandsregeln zuwiderlaufend, ist uns noch keiner gekommen. Für ein solches Auftreten kann man nur ein mitleidiges Lächeln übrig haben. Unfertwegen mag G. B. über sein Benehmen stolz sein, den Arbeitern impertiert man damit nicht. Schon daß Bauer nicht mit sich reden ließ, zeigt am besten, daß er seine durch nichts gerechtfertigte Entlassung der acht Kollegen eigentlich eingesehen hat.

Von einer Arbeitsniederlegung wurde wegen der ungünstigen Zeit Abstand genommen. Unsre Kollegen werden bei Herrn Bauer schon zur gegebenen Zeit einen dementsprechenden Wechsel vorlegen, vielleicht löst ihn dann Bauer auch ein.

Den Hartsteinarbeitern empfehlen wir aber, die nicht allzu freundlich aussehenden Werkplätze in Löbejün, wo Herr Georg Bauer gegenwärtig das Repter schwingt, zu meiden. Also, besonders Obacht, ihr bayerischen Steinarbeiter!

## Zur Austellung von Gauleitern.

Nachdem in Nr. 50 des Steinarbeiters vom Jahre 1905 und Nr. 5 vom Jahre 1906 von seiten des Zentralvorstandes (?) Stellung genommen wurde, für verschiedene Gaue, die es notwendig hätten, daß besoldete Gauleiter eingesetzt werden, sehe ich mich veranlaßt, auch einiges für den 12. Gau (Stuttgart) anzuführen, der bei derartigen Anlässen von der Geschäftsleitung ganz ignoriert wird. (?) Ich für meinen Teil glaube, daß es kein Gau notwendiger hätte, einen besoldeten Gauleiter zu bekommen, als gerade der 12. Gau. Es ist zu konstatieren, daß im Gau ca. 6 bis 7000 Steinarbeiter beschäftigt sind, denen nach meiner Berechnung ungefähr 350 organisierte Kollegen gegenüberstehen. Meiner Ansicht nach ist dieses ein riesiges Arbeitsfeld für einen Gauleiter, und ich stelle auch heute wieder die Behauptung auf, daß sich derselbe schon von einem Bezirke des 12. Gaues bezahlt macht. Ich weise darauf hin, daß in dem Bezirk Maulbronn allein schon 4000 Kollegen in Betracht kommen, von denen nicht

ein einziger dem Verbands angehört, trotzdem die Leute dort bei intensiver Agitation leicht zu gewinnen wären, schon deshalb, weil sie politisch organisiert sind. Es wird schließlich von der Zentralleitung entgegnet, die in den beiden Nummern angeführten Gaue haben einen besoldeten Gauleiter deshalb notwendiger, weil eben diese durch ihre Steinbrüche und die dazugehörigen Löhne mehr oder weniger den in den Städten des Gaues und auch in anderen Gaue noch beschäftigten Kollegen eine gewaltige Konkurrenz bieten. Darauf kann ich aber sofort erwidern, daß in unsern württembergischen Steinbrüchen um Schundlöhne Arbeit nicht nur nach Städten des 12. Gaues geliefert wird, sondern ganz Baden und das Rheinland wird davon überschwemmt. Weiter kommt in Betracht, daß Hunderte von Steinarbeitern auf dem Seuberge wohnen, die ganz Elsaß das Jahr über glücklich machen mit ihrem Besuche. Es ist also gar keine Veranlassung vorhanden, den 12. Gau ganz außer Frage zu lassen in punkto Anstellung eines Gauleiters. Zudem ist die Hochburg der Kunststeinindustrie ebenfalls in unserm Gau. Wenn eben die Zentralleitung hier nicht helfend eingreift, und das ist doch ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit eines jeden Organisation, daß die Schwächsten zuerst unterstützt werden, so kann der Fall eintreten, daß der Gau auf lange Zeit verloren geht (?). Es sind die beiden Städte Stuttgart und Ulm, die sozusagen den Kern bilden, aber diese werden immer mehr und mehr mit unorganisierten heimgefuhrten und eines schönen Tages halten diese diese das Heft in Händen. Weiter kommt noch in Betracht, daß nicht ein Kollege vorhanden ist, der agitatorisch richtig tätig sein kann, weil die Fähigkeiten dazu fehlen, währenddem andere Gaue verschiedene rednerisch glänzende Talente aufzuweisen haben. Man vergißt doch von der Zentralleitung bei Anführung von Unregelmäßigkeiten, sei es in betreff Abrechnungen einschneiden oder Beitragszahlung, den 12. Gau auch nicht, wie Nr. 44 des Steinarbeiters vom Jahre 1905 aufweist. Für meinen Teil denke ich mir, daß die Zentralleitung in diesem Falle selbst auf die Idee kommen muß, daß hier etwas faul ist im Staate Dänemark. Dem kann nur abgeholfen werden durch eine ständige Kraft. Versäumt dieses die Geschäftsleitung, so kann uns kein Vorwurf mehr gemacht werden, sondern die sämtlichen Vorwürfe fallen dann auf sie zurück. Sämtliche angeführten Gaue sind prozentual besser organisiert, wie der 12. Gau. Gerade deshalb sehe ich meine Forderung für gerecht an.

F. U.

## Zur Krankenunterstützung.

Da bis jetzt schon viel über die neuen Unterstützungseinrichtungen im Fachblatt geschrieben wurden, sehe ich mich veranlaßt, Stellung dazu zu nehmen. Mit der Arbeitslosenunterstützung will ich mich nicht erst lange beschäftigen, trotzdem diese vielleicht ebenso durchführbar wäre, als die Krankenunterstützung, wie ja aus dem Artikel Müller in Nr. 2 zu ersehen ist. Dieser Artikel ist wohl der beste, der zu dieser Frage veröffentlicht wurde.

Ich komme nun zur Krankenunterstützung, zu welcher der Zentralvorstand in seiner Vorlage so recht geschmackvoll sagt, daß die Kirchturnspolitik einiger Zahlstellen die Schuld trifft, daß diese durch Urabstimmung abgelehnt wurde. Gätte der Zentralvorstand sich die Mühe genommen, das Resultat der damaligen Urabstimmung nur etwas zu studieren, so hätte er gefunden, daß sogar die Sandsteinmehnen größtenteils die Vorlage abgelehnt hatten. Warum jetzt auf einmal von — Kirchturnspolitik reden? Die Kollegen haben nach freiem Ermessen gestimmt, ohne Rücksicht, ob das Resultat der Abstimmung der Verbandsleitung angenehm war oder nicht. Ich erachte aber die damalige Abstimmung für einen Beweis, daß die große Mehrzahl der Kollegen dieser Unterstützung unsympathisch gegenübersteht; und das vielleicht mit Recht; denn die Kollegen der Sandsteinbranche wissen ganz genau, daß die Hartsteinarbeiter dadurch benachteiligt werden, weil die meisten nicht in den Genuß dieser Unterstützung gelangen, da die Krankheitsdauer bei ihnen selten eine Woche überschreitet, was aber bei den Sandsteinmehnen fast umgekehrt der Fall ist. Da es zwecklos ist, zwei Klassen einzuführen, müßten folglich die Hartsteinarbeiter denselben Beitrag zahlen, was natürlich als Härte empfunden wird, wenn man bedenkt, daß die Hartsteinarbeiter bedeutend weniger verdienen, als die Sandsteinarbeiter. Bedenkt man aber dabei noch weiter, daß in den unorganisierten Gebieten die schlechtesten Löhne gezahlt werden und daß deshalb schon eine dritte Beitragsklasse geschaffen wurde, weil den Kollegen die Beiträge der höheren Klassen zu hoch sind, so muß man sich sagen, wenn wir die Beiträge noch mehr erhöhen (und durch neue Unterstützungseinrichtungen müssen sie erhöht werden), so wird uns die Agitation noch mehr erschwert, und schon deshalb sollte man von der Einrichtung neuer Unterstützungszweige absehen. Dafür sollte man die Reiseunterstützung besser ausbauen, um den reisenden Kollegen, welche doch schließlich immer mehr oder weniger agitatorisch für den Verband tätig sind, das Leben auf der Landstraße erträglicher zu machen. Es ist ja nicht zu leugnen, daß andre Verbände mit derartigen Einrichtungen Fortschritte gemacht haben; aber bei diesen Verbänden ist die Zahl der Organisierten prozentual fast ausschließlich höher als bei uns, und diese haben dadurch schon eine günstigere Position in der Agitation. Die Aufgabe des Verbandes soll vor allen Dingen sein, erst einheitliche Lohnverhältnisse, soweit dies möglich ist, zu schaffen, dann können wir auch an neue Unterstützungen denken. Vordem wird ein großer Teil der Kollegen alle neuen Einrichtungen als verfrüht betrachten.

U. e.

Alfred Rösch.

## Zur besonderen Beachtung empfohlen.

Die leitenden Personen des Verbandes müssen recht oft die Beobachtung machen, daß die Mitglieder der Ortsverwaltungen in Verbandsfragen oft recht unbehilflich sind. Meistens bei Tarif- und Lohnbewegungen stellt sich heraus, daß alles mitunter nicht gerade am glücklichsten in die Wege geleitet wurde. Will die Verbandsleitung, wenn sie gezwungen ist, einzugreifen, anderweitig disponieren, so wird in den meisten Fällen gegen diese Maßnahme schärfstens opponiert. Meist in solchen Orten ist dies der Fall, wo die Kollegen nicht allzu lange organisiert sind. Ja, wenn es nicht nach dem Kopfe einiger radikal veranlagter Kollegen geht, die von der Führung einer Lohn-

Bewegung nicht die geringste Achtung besitzen, dann ist der Verbandsangestellte, der seine langjährige praktische Erfahrung bei einer solchen Gelegenheit verwenden soll und muß, einfach ein Schuft. Was versteht ihr von der Zentrale, wir, die am Orte arbeiten, müssen selbst wissen, was wir zu tun haben, so lauten sehr häufig die Redensarten, die man gegen Verbandsangestellte in der frivollen Weise schleudert, wenn diese ihnen nicht den Willen tun. Und wie brausten manchmal die Gemüter auf, wenn der Angestellte sich erlaubte, zu sagen, ja ihr guten Leute ihr habt ja bei dieser Lohnbewegung die elementarsten gebrauchlichen Grundbedingungen außer acht gelassen. Tarife werden ausgearbeitet, die besser nicht geschrieben und vorgelegt worden wären, es fehlte an der nötigen Gründlichkeit. Vor etwa drei Monaten wurde, wir nennen den Ort nicht, eine Lohnbewegung gemeldet. Sie wird registriert, und die Verbandsleitung läßt den Bescheid zurückgehen, alles gut vorbereiten, insbesondere einen Tarif ausarbeiten und eine günstige Konjunktur abwarten. Wenn wir in der Steinindustrie von einer solchen sprechen wollen, dann kommt das Frühjahr und der Hochsommer in Frage, die andere Zeit ist für uns aus ganz natürlichen Gründen für Lohnbewegungen nicht allzu empfehlenswert. Was hat man aber in dem angebotenen Ort getan? In recht oberflächlicher Weise wurde ein Tarif zusammengewürfelt, der völlig unbrauchbar war und es sollte, wenn das Geschäft nicht bewilligt, im Januar bezw. anfangs Februar event. der Streik proklamiert werden. Niemand weiß, ob nicht in den nächsten Tagen der Schnee vielleicht 40—50 Zentimeter tief liegt, die Kälte rapid zugenommen hat, so daß es dem Unternehmer am liebsten sein würde, wenn der Betrieb etliche Wochen ruhen würde. Nein, einzelne Verbandsmitglieder haben es sich in den Kopf gesetzt, jetzt muß der Kampf beginnen, denn im Frühjahr und Sommer ist der Geschäftsgang zu flau.

Wer nur einigermaßen einen Blick ins Fachblatt wirft, erfieht, daß wir jetzt, mitten in den Wintermonaten, an einer Reihe von Lohnkämpfen beteiligt sind, so daß wir unwillkürlich fragen müssen, wo soll das hinaus? Besonders in der Hartsteinindustrie ist die irrierte Meinung recht tief in die Köpfe der Verbandsmitglieder eingewurzelt, weil im Winter so ziemlich der Geschäftsgang gleichmäßig fortgeführt wird, könnten auch im Winter Lohnbewegungen durchgeführt werden.

Nichts irriger als das. In der Hartsteinindustrie kann eben sehr viel auf Vorrat gearbeitet werden. Größere Geschäfte lassen Tausende von Quadratmetern Pflastersteine herstellen, die noch nicht bestellt sind, aber im Sommer dann reißenden Absatz finden. Randsteine, Trottoirplatten werden in ungeheuren Mengen angefertigt, alles auf Vorrat, da jede Stadt ihr eigenes Profil hat, die Preise für die Unternehmer weiter stabil sind, so bringt für den Unternehmer das Arbeiten auf Lager keinen finanziellen Schaden. In der Denkmalsindustrie ist dieselbe Erscheinung zu konstatieren, ja hier kommt hinzu, daß bei Streiks deshalb sehr vorsichtig vorgegangen werden muß, weil der Unternehmer seine Pyramiden, seine Felsen, seine Kreuze usw. von sonderbarsten anderen Firmen auf die schnellste Art und Weise herbeiziehen kann. Wenn nur die Granitarbeiter nicht immer glauben wollten, bei uns seien auch im Winter Streiks zu führen.

Wir konnten im Oktober vorigen Jahres an dieser Stelle freudigst konstatieren, daß von ca. 38 Streiks 37 zu unserer vollsten Zufriedenheit erledigt wurden. Wir hatten ein glänzendes Resultat zu verzeichnen. Die später gegen den Willen der Verbandsleitung inszenierten Streiks gingen verloren, warum? weil für unseren Beruf die günstigste Zeit nach dem Monat September verfloßen ist. Von dem Ergreifen der Offensive kann doch keine Rede mehr sein. Die bisher geübte Taktik in der Hartsteinindustrie muß deshalb unter allen Umständen geändert werden. Aus taktischen Gründen können wir über dieses Kapitel nicht ausführlicher werden, aber auf den Gauenkonferenzen und in den Mitgliederversammlungen kann das Thema Lohnbewegung nicht eingehend genug erörtert werden. Etwa 60 Prozent der Gesamteinnahmen haben wir für Streiks auszugeben, und da muß es schon der Mühe wert sein für die Verbandsmitglieder, die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks zu studieren.

Noch etliche Ausführungen allgemeiner Natur. Die Führung der Kassengeschäfte läßt an sehr vielen Orten zu wünschen übrig, so daß die Gauleiter immer dahinter sitzen müssen. In manchen Bezirken sind es nur ganz wenige Zahlstellen, die selbstständig abrechnen, so daß in den meisten Zahlstellen der Gauleiter die Quartalsabrechnungen machen und an die Zentralverwaltung einsenden muß, mitunter möchte er gar noch die Beiträge kassieren gehen. Das ist natürlich zu viel verlangt. Die Verwaltungsgeschäfte sollte jede Verbandszahlstelle selbstständig besorgen. Allerdings, wenn erst einmal Schlenndrian eingetreten ist, dann läßt sich nur schwer Ordnung schaffen. Wo es immer angeht, sollte auch die Gaukassierung durchgeführt werden, sie ist das am besten funktionierende System. Besserenfalls sollte alle Mitglieder, pünktlich oder einige Wochen im voraus zu bezahlen, könnten sich die Kassierer darauf beschränken, wenige Lässige zu mahnen — vorausgesetzt, daß sie Lust und Liebe zur Erledigung ihrer Kassierergeschäfte haben —, dann ginge die Sache noch; aber es machen sich nur zu viele Mitglieder die statutarische Bestimmung zunutze, wonach man unter Umständen die Beiträge einige Wochen restituieren kann, sie sind dann immer im Rückstande. Der Kassierer beruft sich in solchen Fällen auf die Rückstände, und die Mitglieder berufen sich auf die Energielosigkeit der Kassierer, schließlich wird alles gleichgültig, und die Zahlstelle verschwindet. Pünktlichkeit in der Beitragszahlung ist in der Zahlstelle erste Grundbedingung. Sobald eine nennenswerte Summe in den Händen des Kassierers ist, muß das Geld an den Hauptkassierer abgeschickt werden. Niemand kann es dem Hauptkassierer verdenken, wenn manchmal die bestellten Marken nicht abgeschickt werden. Denn ein Blick ins Konto dieser oder jener Zahlstelle ergibt, daß noch ein mächtiger Rest zu begleichen ist. Wer als Lokalkassierer seine Marken pünktlich bezahlt, wird selbstredend vom Hauptkassierer bereitwillig und prompt bedient.

Um Veruntreuungen in den örtlichen Fonds zu vermeiden, muß in den Versammlungen beschlossen werden, den örtlichen Vorbestand auf der Sparkasse oder einem anderen Geldinstitut zu deponieren. Die Deponierung hat

in der Regel auf drei Namen zu erfolgen. Geschieht dies, dann können Veruntreuungen nur äußerst selten vorkommen.

## Aus der Lausitz

wird uns geschrieben: Wohl ist der Lausitzer Arbeiter durch seine schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ganz Deutschland hinreichend bekannt, aber Affordlöhne, wie sie in dem Briefe in Nr. 5 des Steinarbeiters von Kreuzer u. Böhlinger veröffentlicht wurden, sind wohl schwer hier zu finden. Der Hauptartikel, die gespitzten Kreuze, auch noch mit Fuß, die Länge mit 9 Mk. berechnet, zeigt wohl den Steinarbeitern ganz Deutschlands, in welchem Eldorado sich die Odenwälder Kollegen befinden. Zum Beispiel ein Kreuz, 60 Zentimeter lang, würde 5.40 Mk. kosten, oder, wie sie auch in der Lausitz mitunter angefertigt werden, 30 Zentimeter lang und 4 Zentimeter stark, würde der Lohn 2.70 Mk. sein. Was da verdient wird, kann jeder Kollege selbst beurteilen. Dabei hat man genügend Angst auszustehen, wie leicht geht ein Kreuz kaputt und da spricht die Firma R. u. B., das seien gute Löhne. Daß diese Arbeit alte gebrechliche Leute, die oft Invalidenrente erhalten (weil diese wohl nach Ansicht der Firma nicht so viel verdienen brauchen), anfertigen können, bestätigt wohl alles. Einen Quadratmeter schwarzen schwedischen Granit, bei dem heutigen Material, für 13 Mk., da möchten wir den ehemaligen Steinmetzen R. u. B. bezw. ihren Herren Söhnen selbst eine Probe empfehlen. Würden diese Herren dies tun, vielleicht wären sie bei uns Verbandsmitglieder. Den Affordpreis für Hügelsteinspitzen verschmeißt die Firma, aber jedenfalls gehört viel Kraftanwendung dazu, um 5—6 Mk. pro Tag zu verdienen. Daß die Firma so gnädig ist und den Steinmetzen auch noch freies Licht stellt, hat wohl überrascht, aber daß die Kollegen die Nacht in Anspruch nehmen müssen, um das Notwendigste zum Leben zu verdienen, ist bedauerlich. Die angeführten Affordpreise scheinen auch noch erhöht worden zu sein, weil sie zur Heranziehung von Arbeitswilligen Verwendung finden. Es begrüßen somit sämtliche in der Grabsteinindustrie beschäftigten Kollegen, daß bei einer Firma mit einem solchen Prämien-Lohnsystem der deutsche Steinarbeiterverband eingezogen ist, durch welchen nur die Zustände geändert werden können. Aus dem Briefe geht zur Evidenz hervor, daß die Herren Kreuzer u. Böhlinger in diesem Gegenwartsstaat es verstanden haben, auf Kosten der Steinarbeiter sich zu großen Kapitalisten zu entwickeln und es ihnen hier vollständig gut geht. Die Steinarbeiter aber sollen nach der Reife dieser zwei Männer tanzen, nein, das können sich die Kollegen nicht gefallen lassen. Daß der junge Industriezweig, der sich erst seit den achtziger Jahren entwickelt hat, durch eine Schleuderkonkurrenz, wie sie zurzeit besteht, ruiniert wird, versteht sich wohl von selbst. Nichts aller Kollegen ist es deshalb, dem Steinarbeiterverband beizutreten, um durch tarifliche Vereinbarungen einer solchen Konkurrenz Einhalt zu tun. Wie würden R. u. B. jauchzen, wenn sie auf der ganzen Linie siegen würden. Ihre Macht würden sie noch mehr den ausgemergelten Steinarbeitern fühlen lassen, die Preise würden noch mehr verächtelt werden. Kollegen des Odenwaldes, haltet zäh aus! Ohne Steinmetzen können R. u. B. ihren Betrieb nicht aufrechterhalten. Deshalb erwarten auch die übrigen Kollegen in der Grabsteinindustrie, daß der Odenwälder Kampf zum Wohle der Ausgesperrten ausfallen möge.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

### An die Vertrauensleute!

Wir ersuchen die Vertrauensleute aller Orte, uns je ein Exemplar der abgeschlossenen Tarife unverzüglich zu überreichen. Auch ist in einem Begleitschreiben anzugeben, wie vielen Kollegen der Tarifabschluß zugute kommt. Wir benötigen die verlangten Tarife schnellstens, damit diese zum Verbandstage noch eingehend studiert werden können. Auf der Nürnberger Generalversammlung steht der Punkt Tarifwesen auf der Tagesordnung, und da ist es notwendig, daß der Vorstand einen allgemeinen Ueberblick über diesen Punkt erhält und die nötigen Thesen aufzustellen in der Lage ist.

Von einigen Zahlstellen wurden wir ersucht, die Anträge zum Verbandstage noch nicht in dieser Nummer zu veröffentlichen. Es wurde dies damit begründet, daß in vielen Orten der Sandsteinbranche in den letzten Wochen sehr wenig Leute beschäftigt waren, mithin an ein ernstliches Diskutieren der eventuell zu stellenden Anträge nicht zu denken war. Der Vorstand nimmt von dieser Anregung Kenntnis und es werden die Anträge aus diesem Grunde erst in Nr. 8 oder 9 veröffentlicht.

## Kandidaten zur Generalversammlung in Nürnberg.

1. Wahlkreis. 2 Delegierte. Vorgeschlagen Karl Hirtmann, G. Walter, Hansche, sämtlich in Berlin.
2. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Artur Bunk-Berlin I.
3. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Emil Wolff-Brandenburg, Friß Panthen-Wolgast, Alfred Schaefer-Potsdam.
4. Wahlkreis. 3 Delegierte. Vorgeschlagen Heinrich Baubach, Johann Kaufmann, Wilhelm Gaude, Gustav Rieger-Siriegau, Karl Schiller-Gäslacht.
5. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen P. Barthas-Strehlen, Karl Stephan-Strobel.
6. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Paul Winkler-Wünschelburg, Rabe-Mittelsteine.
7. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Max Bohje-Bunzlau.
8. Wahlkreis. 2 Delegierte. Vorgeschlagen Max Gulitz-Benig-Radwitz, Hugo Braun-Warthau I, Max Steinble-Hodenau, Franz Fabian-Altharthau II, Richard Schuber-Benig-Radwitz.
9. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen R. Höhne-Löbau.
10. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Karl Purfche-Raundorf.
11. Wahlkreis. 2 Delegierte. Vorgeschlagen Georg Steinger, Paul Wittig, beide in Meissen, Just-Riefa.
12. Wahlkreis. 3 Delegierte. Vorgeschlagen Sonntag, Däumig, Fink, Eisner, Jahn und Seidel, sämtlich in Dresden.
13. Wahlkreis. 2 Delegierte. Vorgeschlagen Max Berger-Pirna, Franz Sarfert, Richard Walter, beide in Reudorf.
14. Wahlkreis. 3 Delegierte. Vorgeschlagen August Kasper-Dohma, Paul Schulze-Reudorf, Ernst Hamann, Edwin Fald-Copitz.

15. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Schönefeld, Meiß, Große und Müller, sämtlich in Leipzig.
16. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Artur Herfurth, Max Seidel-Wittweida.
17. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Haber Brühl-Beudja, Philipp Pfeifer-Wurzen.
18. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Oskar Wunderlich-Chemnitz, Ernst Strunz-Zwickau, Arzt-Plauen, Emil Weber-Bachfeld.
19. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Otto Wunderlich-Greiz, Johann Greiner-Ercuen, Höger-Mue.
20. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Thomas Löbjeun, Gustav Häbler-Leipzig II, Hermann Starke-Nebra, Aug. Säring-Wittenberg.
21. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Ph. Wagner-Erfurt, Simon Rüdiger-Gotha.
22. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Robert Nothe-Mühlhausen i. Th., Wilhelm Anweiler, Loder-Langenfalta.
23. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Jakob Hansmann-Kassel, August Wolf-Göttingen.
24. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Wobje, Woppe-Hasserode, Friß Röder, Max Steinbach, beide in Hildesheim.
25. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Sporleder-Osterwald.
26. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Karl Maus-Bremen, R. Wagenknecht-Bremen, Otto Müller-Hannover.
27. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Otto Weggang-Hamburg II, Joh. Woltemade-Bremen II.
28. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen August Heintz, Otto Sack, beide in Hamburg I.
29. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Werner Oberfeld, Karl Popf-Krefeld.
30. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Dunkel-Röln I.
31. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Adolf Herrmann, Säusler, beide in Frankfurt a. M.
32. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Andreas Unglaub-Mainz, H. Sarholz-Biesbaden.
33. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Adolf Herrmann-Frankfurt a. M.
34. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Held-Mülfenz.
35. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Ignaz Kraft-Mannheim.
36. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Alois Wilder, Friß Frohnhöfer-Nürtingen.
37. Wahlkreis. 2 Delegierte. Vorgeschlagen Joseph Pettenbaum, Wilhelm Probst, Franz Mangelen, sämtlich in Kaiserslautern, Wilhelm Kaiser-Neustadt.
38. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Matthias Sahn-Bensheim, Joseph Heuer, Haber Reithmeier, beide in Heppenheim. (Den in Frage kommenden Zahlstellen ist unverzüglich mitzuteilen, ob E. Reithmeier jun. oder E. Reithmeier sen. vorgeschlagen ist. Zentralvorstand.)
39. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Moosmüller-Bedenkirchen, Mähfingerr-Lindenfels.
40. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Franz Lachmann-Karlruhe, G. Berg-Landau.
41. Wahlkreis. 2 Delegierte. Vorgeschlagen Eugen Waldhardt, Karl Armbruster, Gottlieb Strauß, sämtlich in Straßburg.
42. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Joseph Droll, Emil Rudolf, beide in Freiburg.
43. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Heil und Schneider, beide in Metz.
44. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Hans Weindl-Kappelrodt.
45. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Paul Ungerer-Kolmar, Johann Klinz-Mühlhausen.
46. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Joseph Klingler-Stuttgart.
47. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Frank in Ulm.
48. Wahlkreis. 3 Delegierte. Vorgeschlagen Haber Wimmer-Kelheim, Johann Straubinger, Joseph Link, beide in München, Kürzinger-Regensburg.
49. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Wilhelm Böhnlein-Nürnberg.
50. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Heinrich Rebhahn-Erlmann, Sängerr-Nürnberg.
51. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Graßer, Weimann, beide in Jena.
52. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Sebastian Sauer-Würzburg, J. Schifferl-Gartershofen.
53. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Linus Hele-Stadtprozelten, Michael Kerstl-Hardheim.
54. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Robert Mühl-Reifenhausen, Vinzenz Geis-Gailbach, Leo Fleckenstein-Faulbach, Heinrich Dösch-Fechenbach.
55. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Hans Seuf-Schwarzenbach, Johann Althofer-Bernd.
56. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Bächter-Seußen.
57. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Christian Schmidt-Wahrenth, Heinrich Baumann-Selb.
58. Wahlkreis. 1 Delegierter. Vorgeschlagen Nikolaus Fritsch-Pilgramstreu.

Die Hauptwahlen müssen vom 11. bis einschließlich 23. Februar vollzogen sein. Die Wahlprotokolle müssen längstens am 26. Februar beim Zentralvorstand eingegangen sein. Näheres enthält das Wahlreglement, welches in Nr. 2 des Fachblattes publiziert wurde. Einzelne Orte haben in ihrem Ueberreifer bei der Aufstellung der Kandidaten gleich die Wahlprotokolle ausgefertigt und auch nach hier eingelebt. Wir haben nochmals neue Formulare nach diesen Orten überwiesen und die Kollegen haben sich dort an der definitiven Wahl selbstredend noch zu beteiligen. Wir erwarten eine zahlreiche Beteiligung an den Wahlen.

Der Zentralvorstand.

## Korrespondenzen.

Löbau. Am 18. Januar fand in der Tonhalle in Löbau eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Zunächst schilderte der Vorsitzende Schwarz noch einmal den Gang des verfloßenen Jahres und wies darauf hin, daß von Jahr zu Jahr die Löhne sinken. Dann erstattete der Kassierer die Jahresabrechnung, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Kollege Lode, Vorsitzender des Gewerkschaftsrates, gab einen ausführlichen Bericht über die einzelnen Gewerkschaften. Da sich eine rege Diskussion über die Presse entspann, wurde folgender Antrag gestellt: „Der Verbandstag wolle beschließen, die Zeitungs- und Delegiertensteuer-Marken aufzuheben und an den bestehenden statutarischen Einheitsbeiträgen festzuhalten.“ Weiter kam folgender Antrag zur Annahme: „Der Verbandstag wolle beschließen, der Zentralvorstand wird ermächtigt, besoldete Beamte angustellen, und zwar für große Bezirke.“ Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Weiter entspann sich eine große Debatte über die Unterstützungsrichtungen. Die Versammlung sprach sich entschieden gegen die Arbeitslosen- sowie Erwerbslosenunterstützung aus, da mehr Mittel für Agitation sowie für besoldete Gauleiter notwendig sind, überläßt dagegen die Einführung einer Krankenunterstützung der Entscheidung des Verbandstages. Zum Verbandstag wurde Kollege Höhne vorgeschlagen.

**Ebelsbach.** Am 15. Januar fand im Gasthaus Andree in Ebelsbach eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Im ersten Punkt wurde die Abrechnung des Kollegen Sanger besprochen. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit dem Gauleiter zu überlassen; dieser soll beim Zentralvorstand dahin wirken, den Kollegen Sanger als Bezirksleiter anzustellen, um die Agitation besser zu betreiben. Ferner wurde das Verhalten einiger Unternehmer einer scharfen Kritik unterzogen, indem schwarze Listen im Umlauf sind. Wenn die Herren Unternehmer vielleicht meinen, unsere Organisation zu zertrümmern, so sind sie auf dem Holzwege; wir werden nicht eher ruhen, bis auch der letzte Mann in diesem Gebiet in unseren Reihen steht. Im zweiten Punkt wurde die Abrechnung vom 4. Quartal sowie der Jahresabschluss vorgelegt, der von der Versammlung gutgeheißen wurde. Unserem Kollegen Otto Steger wurde der Dank für die gute Verwaltung der Kasse und Bücher ausgesprochen. Zwei Kollegen wurden vom Kassierer veröffentlicht, weil sie sich noch in größerem Rückstand befinden. Im dritten Punkt: Neuwahl des Vorstandes, wurde als erster Vorsitzender Kollege Otto Steger einstimmig wiedergewählt. Da hier der Vorsitzende zugleich den Kassierer macht, so wurde ihm die Verbreitung des Steinarbeiters abgenommen und dazu der Kollege Bartholomäus gewählt. Als Kandidaten zum Verbandstage wurden Heinrich Rebban und Sanger vorgeschlagen.

**Kirchheim.** Am 19. Januar tagte unsere Generalversammlung im Gasthause des Herrn Deppisch, welche sehr gut besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete unser Kassierer, Kollege Schaffner, den Kassierenbericht. Die Rechnung wurde für richtig befunden und dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Wahl für die Kartelldelegierten wurden die Kollegen Adam Waffler und Vinzenz Gemmelpler einstimmig gewählt. Als Delegierter für den Verbandstag nach Nürnberg wurde Kollege Sebastian Sauer (Würzburg) vorgeschlagen. Beim Punkt Verschickenes wurde eine lebhafteste Debatte geführt, und kamen einige Kollegen auf das Herbergswesen zu sprechen. Es ist hier ziemlich schwer, für zureisende Kollegen ein Nachtlager zu finden, und sind mehrere Kollegen schon gezwungen gewesen, nachts noch auszureisen und in einem andern Orte Nachtlager zu suchen. Es wurde deshalb Gastwirt Deppisch ersucht, abends bis zu einer bestimmten Stunde zwei Betten freizuhalten, damit wenigstens für unsere zureisenden Kollegen ein wenig Sorge getragen ist. Auch wurde dem Kollegen Joseph Bauer eine Rüge erteilt, indem er es fertig brachte, einen abgereisten Kollegen namens Reng in seiner Heimat schriftlich zu denunzieren. Es wurde ihm anheimgegeben, sich mit seiner eigenen Person mehr zu befassen, als einem organisierten Kollegen Unwahres in die Schuhe zu schieben.

**Duppach.** Am 21. Januar fand in Zentners Restauration in Fugau (Böhmen) eine Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Höhne-Löbau machte den anwesenden Kollegen klar, welchen Zweck die Gaufonferenzen und Verbandstage haben. Es wurde nun über die Tagesordnung zum Verbandstage debattiert. Einige Kollegen sprachen für die Anstellung von Gauleitern, und es wurde der agitatorische Wert derselben anerkannt. Zum Punkt Unterstützungseinrichtungen sprachen verschiedene Kollegen für und gegen; schließlich wurde der Antrag angenommen: „Die Versammlung spricht gegen die Erwerbs- und Arbeitslosenunterstützung, überläßt aber die Entscheidung über die Krankenunterstützung dem Verbandstage.“ Der Kassierer, Kollege Schniebs, las noch die Jahresabrechnung vor, und wurde dieselbe für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Kollege Höhne-Löbau wurde als Kandidat zum Verbandstage aufgestellt.

**Strasbourg.** Am 21. Januar tagte in der Wirtschaft Zur Glocke eine Steinarbeiterversammlung. Die Versammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit der Tagesordnung zum Verbandstage. Zur Anstellung von besoldeten Gauleitern wurde von der Versammlung die Notwendigkeit von solchen anerkannt, speziell im 11. Gau. Zugleich wurde auch der Wunsch ausgedrückt, daß die Gaueinteilung eine bessere werden soll. Betrachten wir einmal die geographische Lage des 11. Gaues, so erscheint es uns unmöglich, daß ein Gauleiter bei dieser Einteilung seine Pflicht mit Erfolg und gewissenhaft erfüllen kann. Es solle auch darauf geachtet werden, daß die Gauleiter möglichst dahin verlegt werden, wo das Feld der Bearbeitung auf ihnen harret. Die Unterstützungsvorlage wurde scharf kritisiert. Wie wäre es möglich, die Wintermonate hindurch Tausende von Arbeitslosen zu unterstützen? Schwierig ist es auch, hauptsächlich auf dem Lande, eine genaue Kontrolle zu üben. Durch solche Massenunterstützungen würde es uns unmöglich gemacht, unsere Lohnverhältnisse noch zu verbessern. Um durch solche Unterstützungseinrichtungen nicht von unserm Hauptinteresse, nämlich Steinarbeiter zu organisieren, abzulenken, wurden einstimmig von der Versammlung diese Einrichtungen verworfen. Für die vorzunehmende Delegiertenwahl wurden folgende Kollegen aufgestellt: Eugen Waldhardt, Karl Armbruster und Gottlieb Strauß. Weiter wurde beschlossen, daß Anfangs Februar eine Gaufonferenz des 11. Gaues stattfinden soll, wozu die Vorbereitungen sofort getroffen wurden.

**Stuttgart I.** Die auf den 14. Januar anberaumte Generalversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Einen Ueberblick über das abgelaufene Geschäftsjahr gab der Vorstand in seinem Bericht. Wenn wir einen Rückgang in der Mitgliederzahl zu verzeichnen haben, so bringen es eben die sehr schlechten und mißlichen Geschäftsverhältnisse mit sich, trotzdem, betonte er, dürfen wir den Kampf nicht aufgeben, denn es kann auch in Stuttgart noch eine Zeit kommen, wo die Steinmeßen die Organisation so notwendig brauchen, wie wo anders. Auch der Quartals- sowie Jahresbericht des Kassierers gab zu keinerlei Bemerkungen Veranlassung. Nur sei hervorgehoben, daß die Steinarbeiterverbereitigung eine große Summe der Lokalfasse wegnimmt; es läßt sich aber durch die Verhältnisse, in denen wir uns befinden, keine Aenderung herbeiführen. Einen strittigen Punkt gab es in der Frage des Einkassiererhufens, wobei der Beschluß herbeigeführt wurde, dem Kassierer zwei Einkassierer beizugeben, welchen die Pflicht auferlegt wird, denjenigen, welche die Gelegenheit nicht haben, Marken zu erhalten, ihnen selbige zu überliefern, wofür sie eine Entschädigung von 5 Prozent erhalten. Anträge zum Verbandstag werden folgende gestellt: „Der Verbandstag möge eine Unterstützungseinrichtung schaffen“, das weitere werden wir dem Delegierten mit auf den Weg geben; auch soll bei Anstellung von besoldeten Gauleitern Württemberg einem solchen unterstellt werden. Als Delegierter zum Verbandstag kommt Kollege Klingler in Vorschlag.

**Wirzberg (Nichtelgeb.)** Am 21. Januar fand in Wirzberg im Saale des Herrn Gastwirt Günther eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Dieselbe war sehr gut besucht. Auch waren mehrere Kollegen von Berned erschienen. Als Referent war Kollege Altenhofer aus Berned anwesend. Derselbe führte in einem längeren Vortrage den anwesenden Kollegen den Nutzen und Zweck unseres Verbandes vor Augen. An der Diskussion beteiligten sich viele Kollegen, die die vorhandenen Mißstände aufdeckten, z. B. elfstündige und noch längere Arbeitszeit und Entlohnung nach Willkür. Da ein Tarif hier nicht besteht, wird im wilden Afford geschafft und es werden die Kollegen so niedrig entlohnt, daß es wirklich aller Beschreibung spottet. Die Behandlung der Arbeiter von Seiten der Meister und Postere ist der Behandlung der Zuchtsträflinge ähnlich. Sonntagsarbeit gehört hier anscheinend zum Geschäftstreiben, natürlich ohne Zuschlag. Es beschloßen die anwesenden Kollegen einmütig, um diesen Uebelständen abzuhelfen, sich dem Steinarbeiterverbande anzuschließen und hier eine Zahlstelle ins Leben zu rufen. Es erklärten sich sofort 19 Kollegen bereit, dem Verbands beizutreten, und entrichteten ihr Eintrittsgeld. Fünf organisierte Kollegen waren schon hier beschäftigt. Es wurde hier eine Zahlstelle gegründet und folgende Kollegen in die Vorstandschaft gewählt: Vorsitzender: Johann Wehner (Schleifer), Kassierer: Andreas Sachs (Steinmeh), Schriftführer: Karl Unglaub (Steinmeh), als Revisoren: Adam Schlegel (Steinmeh) und Georg Rupprecht

(Schleifer). Dieselben nahmen die Wahl an und forderten die anwesenden Kollegen auf, dahin zu wirken, daß die noch Fernstehenden so bald wie möglich für den Verband gewonnen werden.

## Rundschau.

**Der Steinmehverband** wird für den Gaubezirk Halle-Magdeburg einen besoldeten Gauleiter anstellen. Desgleichen soll Mitteldeutschland in nächster Zeit einen besoldeten Gauleiter erhalten. Die Stelle wird jetzt schon zur Vererbung ausgeschrieben. Der Gaußitz soll nach Frankfurt kommen. Innerhalb kürzester Zeit hätte der Steinmehverband mit seinen ca. 7000 Mitgliedern drei besoldete Gauleiter. Genosse Wiese in Düsseldorf ist seit etwa zwei Jahren für Rheinland und Westfalen angestellt.

**Christlicher Streikbruch überall.** Nach Kölner Muster haben, wie die Holzarbeiterzeitung schreibt, die Christlichen es in Bremen getrieben. Der Firma Wehmann, einer Fabrik für weiße Möbel, war bei den andern Firmen gültige Tarif vorgelegt worden, den aber Wehmann zu unterschreiben sich weigerte. „Es wurde“, so berichtet die Holzarbeiterzeitung, „sofort ein Verbandsvertreter mit dem Arbeiterauschuß bei Herrn Wehmann vorstellig. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Zwei Christliche, die am Morgen desselben Tages angefangen hatten, blieben natürlich stehen. Nach einigen Tagen gingen noch mehr Christliche an, so daß nach den von uns eingegogenen Erfundigungen jetzt 18 christliche Arbeitswillige dort arbeiten, welche täglich unter Genbarmerbegleitung von Gemeinlichen nach Bremen begleitet werden. Trotzdem wir die Christlichen von dem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt hatten, waren dieselben nicht zu bewegen, die Fabrik wieder zu verlassen. Wie wir später erfahren haben, hat sich Herr Wehmann schon, als wir noch mit ihm in Unterhandlung standen, an den christlichen Verband gewandt. Die sauberen christlichen Brüder haben uns aber davon keine Mitteilung gemacht. Nun gibt der Deutsche Holzarbeiter in Nummer 51 unter der Stichmarke Hereingefallen seine Freude darüber kund, daß es den „Christlichen Brüdern“ wieder einmal gelungen ist, den um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfenden Kollegen des Deutschen Holzarbeiterverbandes in den Rücken zu fallen. So beweist der christliche Holzarbeiterverband auch hier wieder, daß er eine Organisation ist, welche es als ihren vornehmsten Zweck betrachtet, organisierten Streikbruch zu betreiben.

**Dem „feinen Ton“** in christlichen Gewerkschaftsblättern. August Bruß und Franz Wieber sind zwar niemals gute Freunde gewesen, im Schimpfen und in der Anwendung von Kraftausdrücken aber stehen sie einander nichts nach. Die Nr. 26 des Wieberschen christlichen Metallarbeiter beschäftigt sich mit dem Arbeitswilligenverein der Augsburger Maschinenfabrik und leistet sich dabei folgenden Seitenhieb:

„Neben diesen Scharfmachern von rechts durften aber auch die von links nicht fehlen. Das Augsburger Sozialblättchen kann nicht einmal diese Angelegenheit vorübergehen lassen, ohne in der unflätigsten Weise über die christlichen Gewerkschaften herzufallen. Jrgend ein Scribist, kein anderer als der Hezapostel und Phrasendrescher per exelense-Werthaler verspricht sein kostbares rotes Gift in der roten Schwäbischen Volkszeitung gegen die christlichen Organisationen; wahrscheinlich aus ohnmächtiger Mut darüber, daß die christlichen Verbände ihre volle Selbständigkeit auch bei dieser Frage behaupten und sich nicht von Werthaler und Kumpanen leithammeln lassen, wie es z. B. die Hirsch-Dunderschen tun.“

Man weiß nicht, was man an diesem Elaborat mehr bewundern soll; das herrliche Deutsch und die ebenso schöne Orthographie oder die Virtuosität, auf solch engem Raum ein so schönes Sammelfurium von Schimpfwörtern und Kraftausdrücken zusammenzubringen. — Christliche Erziehungsmethode.

In der Redaktion der Münchner Gewerkschaftsstimme sitzt auch ein Männchen, das ebenfalls den Spuren Wiebers nachwandelt. Solche Selben sind zu bewundern.

**Nördlingen (Bavern).** 1½ Stunden von Nördlingen entfernt wurde ein eingegangener Steinbruch (genannt Alte Birf) wieder in Betrieb genommen. Der Stadtmagistrat von Nördlingen hat denselben an den Baumeister Heuchel um den Pachtpreis von 8000 Mk. auf 15 Jahre verpachtet. Die Firma Wetter Aktiengesellschaft in Eltmann a. Main hat wiederum von letzterem den Steinbruch gepachtet. Der Stein kommt auch in sehr großen Stücken zum Vorschein, hat dunkelgrüne Färbung und geht ins Graue über, er hat einige Ähnlichkeit mit dem Nagelfluß und Muschelkalk. Aus diesem Stein wurden schon vor 400 Jahren die heiligen Kirchen gebaut, eine mit einem 98 Meter hohen Turm und sehr vielen gotischen Arbeiten. Wie es heißt, soll in dem Bruch der Stein gewonnen werden zu dem Bau des Agl. Kriegsministeriums in München.

## Telegramm.

**Neberlingen a. Bodensee.** Am 6. Februar legten die Steinmehnen der Firma Franz Schmal wegen Lohnreduktion die Arbeit nieder.

## Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Kirchheim.** Der Steinmeh Joseph Stöckert, geb. am 7. April 1873 zu Gaildorf in Württemberg, zurzeit in Rotenburg, hat sein Mitgliedsbuch in größter Unordnung in Kirchheim zurückgelassen. Job. Schaffner, Kassierer.

**Mainz.** Der Steinmeh Joseph Clem. Seib, geb. 2. November 1876 zu Gonsenheim. Buch Nr. 16577, ist wegen großen Verlustes (den Vorstehenden hat er absichtlich aus der Arbeit verdrängt) aus dem Verbands ausgeschlossen worden.

**Meß.** Ich erlaube die Vertrauensleute, dem Emil Wegnershausen, der zurzeit in Duisburg arbeitet, kein neues Buch auszustellen, da sein Buch hier in Meß bei seinem früheren Kostgeber liegt. Fritz Schneider, Kassierer

**Frankfurt a. M.** Vertrauensleute und Vorstände werden um die Adresse des Max Schubmann aus Magdeburg, bis zum Januar Mitglied der Zahlstelle Frankfurt a. M., ersucht, da er seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

Silvester Bachmann, Kassierer, Robrbachstraße 40 E, part.

**Börsen.** Der Steinmeh Georg Voith aus Bilgramsreuth (Nichtelgebirge) wird ersucht, seine Adresse unverzüglich an den Steinmehnen Georg Roth in Börsen bei Halle (Saale) gelangen zu lassen. Auch soll Paul Häusler aus Oberstreit bei Striegau seine Adresse an die Redaktion des Steinmehnen gelangen lassen. Gustav Ruppisch, Vorsitzender.

## Quittung.

Eingegangene Gelder vom 29. Januar bis mit 3. Februar 1906. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, D. = Delegiertensteuermarken, Ers. = Ertragmarken, Z. = Zeitungsmarken, St. = Stempel, H. = Hauptbuch, G. = Gesetzbücher, Br. = Broschüren, F. = Farbfisken, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)  
Bunzlau, B. 135.20, E. 11.—, Ers. 6.25, D. 8.25, Z. 16.—, Protokolle 4.50; Kirchbach, B. 166.32, E. 6.—, D. 4.—, Z. 16.50; Futter a. P., B. 15.—, Z. 10.—; Köchert, B. 28.08, D. 1.50, Z. 2.50; Münster, B. 36.16, D. 0.50; Wolmerstedt, B. 4.—; Ochsenbach, B. 4.25, E. 1.—; Offenbach a. M., B. 64.—; Streblen, B. 240.—; Köln I., B. 128.—; Meißel II., B. 140.—, Ins. 1.80; Plagwitz-Pömmern, B. 92.88, Ins. 1.50; Recklinghausen, B. 6.85, E. 1.—, D. 0.25; Ebersfeld, B. 15.68; Lübeck, B. 64.—; Reichenbach i. O., B. 218.96; Gohmannsdorf, B. 24.—, D. 1.50, H. 2.50, St. 1.50, Br. 1.—, F. 0.50, Plagbuch 1.—; München-Gladbach, B. 24.92,

E. 2.—, Futterale 1.—; Riebersfelden, B. 96.—; Brotterode, B. 6.80, D. 0.25, Z. 0.50; Spandau, B. 4.20; Schönberg, B. 22.05, Z. 25.—; Meß, B. 32.—; Halle, B. 32.—; Bremen II 96.—; Mittelsteine, B. 12.—; Meißel I., B. 20.50; Ober-Dorla, B. 24.—, E. 1.—; Ströbel, E. 25.—; Göttingen, B. 119.77, E. 12.50, E. 0.23; Fürstenaue, B. 1.80; Breslau, 1. Qu. 0.90.  
Ludwig Geiß, Kassierer.

## Griechen.

**Klein-Geran.** Sind die betreffenden anderweitig beschäftigt, so haben sie sich der zuständigen Berufsorganisation anzuschließen, vielleicht dem Fabrikarbeiterverband. — Hoß bei Kassel. Wer soll denn aus gesandter Karte flug werden. Gib mir die genauen Adressen der beiden Verbreiter an, auch Vor- und Nachnamen sowie die Zahl der zu liegenden Exemplare. Es ist ja zum Berrücht werden mit einem solchen Hin und Her. — Niesla. Im 11. Kreis sind zwei Delegierte zu wählen, drei Kandidaten sind aufgestellt, mithin können wir Fischer-Niesla als Griegmann nicht noch extra zur Wahl stellen. Sollte einer von den zwei zu Wählenden krank werden, so geht eben derjenige zum Verbandstag, der nach diesen zweien die meisten Stimmen erhalten hat. — Frankfurt, G. Ich kann vielleicht bis zum 1. April die Zeitungen an S. senden, die Adressen sind nämlich neu gedruckt Bitte um Bescheid. Besten Gruß — Stettin. Warum die Adressenänderungen immer so spät melden. Die Zeitung kam wieder zurück. Wir hätten Verrger und doppeltes Porto erspart. — Langensalza. Kann nicht mehr festgestellt werden. — Ebelsbach. Wir mühten die Veröffentlichung unterlassen, konnten den Namen absolut nicht entziffern. — Streblen. Eingehender Bericht über fragliche Angelegenheit baldigst erwünscht. — Kiel. Nein. Es ist aber besser, wenn im Statut eine derartige Fassung vorgegeben wird. — Ubbau. Leider vergriffen. — Bunzlau, R. Diese Kollegen haben bloß die Ertragmarke von 25 Bg zu leben. — Oldenburg. Derartige Annoncen werden nicht aufgenommen. — Stuttgart. Die Nr. 4 war vergriffen, deshalb die geringe Zahl. — Jedenfalls war er zum veröffentlichen nicht geeignet.

**Wannheim, Gumburg I und II, Berlin I, Zeil, Mainz, Wolzast.** Diese Berichte konnten wegen Raumangels nicht veröffentlicht werden. Für die Öffentlichkeit bieten sie aber auch nicht das geringste Interesse. Wir müssen dringender ersuchen, uns mit der Einwendung von Verammlungsberichten zukünftig etwas mehr zu verhalten, dagegen sind der Redaktion Einwendungen von Artikeln, die die Tagesordnung des Verbandstages behandeln, sehr willkommen. Wir müssen aber bitten, bei der Abfassung dieser Artikel recht deutlich zu schreiben, in den meisten Fällen wurde dieses bisher unterlassen.

## Anzeigen.

## Zahlstelle Meissen II.

Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr  
**Oeffentl. Steinarbeiter-Versammlung**  
im Gasthof zu Nieschütz.  
Mitglieder, erscheint alle pünktlich.  
1.50] Der Einberufer.

## Gobelbandstahl in vorzüglichster Qualität Harte Steinbauerbleistifte

echt Rebbachsches Fabrikat  
**Steinbauerbesen** mit und ohne Griff,  
aus bestem Material  
empfiehlt zu billigsten Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. S., Bernsdorfer Str. 32.

## Steinschläger

für Plastersteine Nr. 4 gesucht. Dauernde Beschäftigung.  
Solle Reisevergütung.  
**Hottenroff, Osnabrück, Buersche Str. 43.**

## Tüchtige Maschinenschleifer

für dauernde Arbeit gesucht. Verheiratete bevorzugt.  
**Lübecker Granit-Industrie Töbeck & Passarge.**

**Zwei Sägegatter u. versch. Steinbearbeitungsmaschinen**  
gut erhalten, sind zu verkaufen. Anfragen erbeten sub. O. K. 157  
an Haafenstein & Vogler, A.-G., Magdeburg.

1.20] **Kollege Karl Wörlen**  
wird erucht, seine Adresse an Ad. Köppler, Steinmeh, Grünsfeld, Baden, einzusenden, wegen einer wichtigen Angelegenheit.

## Todes-Anzeige.

Am 9. Januar verchied unser Kollege  
**Johann Bulla**  
im Alter von 51 Jahren 6 Monaten an der Berufsfrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
1.50] Zahlstelle Mainz.

Am 29. Januar starb unser Kollege, der Steinmeh  
**Moritz Gustav Jannasch**  
im Alter von 40 Jahren an der Berufsfrankheit.

Am 30. Januar starb unser Kollege, der Steinmeh  
**August Eisolt**  
im Alter von 41 Jahren an der Berufsfrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!  
2.25] Zahlstelle Dresden.

Am 30. Januar starb unser Kollege, der Steinmeh  
**Gustav Kaiser**  
im Alter von 35 Jahren an der Berufsfrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
1.35] Zahlstelle Reundorf I.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Gewerkschaftliche Landeskunde.

Soeben ist ein neues Werk über die Gewerkschaften Deutschlands erschienen, das sich würdig dem Besten anreihet, was über diese Materie bisher veröffentlicht wurde. Der Marburger Professor Dr. Trältsch und der Statistiker Dr. Paul Girschfeld-Berlin haben ein in seiner Art einziges und deshalb auch entsprechend kostspieliges Buch geschrieben lassen unter dem Titel: Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896—1903. (C. Seymann, Berlin.) Ueber das Werk wird der Frankfurter Volksstimme aus leitenden Gewerkschaftskreisen geschrieben:

Die Verfasser hatten sich zur Aufgabe gestellt, zu untersuchen, wie die gewerkschaftliche Bewegung sich in den verschiedenen Landesteilen entwickelte. Dazu mußten sie die äußere und innere Organisation der freien (die Verfasser sagen: „sozialdemokratische“) Zentralverbände studieren, die Mitgliederzahlen nach Bundesstaaten, Regierungsbezirken und Industriegebieten gruppieren, sondieren und mit den Konkurrenzorganisationen vergleichen. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß damit eine grundlegende Pionierarbeit geleistet wurde, auf die jeder zurückgreifen muß, der die Existenzbedingungen sowie die organisatorische und taktische Praxis der einzelnen Gewerkschaften begreifen will. Enthält auch der textliche Teil des Buches manche von uns nicht zu unterschreibende Auslassung, die beigebrachten Statistiken füllen in der Gewerkschaftsliteratur eine fühlbare Lücke in ausgezeichneter Weise aus. Trältsch und Girschfeld haben dem gewerkschaftlichen Praktiker ein unentbehrliches Handbuch geschenkt, eine wahre Fundgrube für den Agitator und für den Wissenschaftler.

Es fehlte bisher eine Uebersicht der Gewerkschaftsmitglieder getrennt nach Landesteilen. Daraus sind auch vielfach falsche Beurteilungen der von den Gewerkschaftsleitern eingeschlagenen agitatorischen Taktik entstanden; den Kollegen in den Hochburger der Arbeiterbewegung wollte es nicht einleuchten, warum z. B. in Köln und Oppeln nicht dieselbe Taktik befolgt würde, wie in Berlin, Hamburg, Leipzig, Frankfurt und Magdeburg. Trältsch-Girschfeld geben den Kollegen einen Leitfaden für das Verständnis der notwendigsten taktischen Verschiedenheiten. Es hatten die freien Zentralverbände Mitglieder in:

	1896	1903	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Hohenzollern)	36,659	16,2	94,868	12,4		
Mitteldeutschland (Königreich Sachsen, Thüringen)	40,504	17,7	119,037	15,5		
Norddeutschland (Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien)	17,239	7,5	57,358	7,5		
Mittelnorddeutschland (Brandenburg, Berlin, Provinz Sachsen, Anhalt, Braunschweig)	49,394	21,6	209,450	27,3		
Hansestädte (Hamburg, Lübeck, Bremen)	18,461	8,1	70,918	9,2		
Uebrigtes Nordwestdeutschland (Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg-Lippe)	33,541	14,7	73,811	9,6		
Westdeutschland (Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, Waldeck, Hessen)	29,104	12,7	134,418	17,6		

In den mittel- und norddeutschen Gebieten wohnten 1903 52 Prozent unserer Gewerkschaftsmitglieder, in der Hauptstadt Berlin allein 13,4 Prozent, im Königreich Sachsen 12,3 Prozent, in Hamburg 6 Prozent, in der Provinz Sachsen 5,9 Prozent, im Regierungsbezirk Wiesbaden dagegen nur 0,3 Prozent. Absolut entwickelten sich die freien Gewerkschaften im Regierungsbezirk Wiesbaden wie folgt: 1896 4021, 1897 5504, 1898 7220, 1899 10 603, 1900 13 050, 1901 13 287, 1902 12 234, 1903 15 568. Der Löwenanteil fällt natürlich auf die Stadt Frankfurt a. M.

Betrachten wir uns nun aber auch die Gebiete mit der gewaltigen Bergwerks-, Gürtens-, Eisen-, Stahl-, Maschinen- und Textilindustrie, also Schlesien und Rheinland-Westfalen. Ohne die Beherrschung gerade dieser volkswirtschaftlich ausschlaggebenden Industriezentren wird unsere Gewerkschaftsbewegung Stückwerk bleiben. In Schlesien wohnten 1903 nur 3,9 Prozent, im Rheinland nur 6,5 Prozent. Wenn erst in diesen Provinzen die Hauptmassen der gewerkschaftlich organisierten wohnen, wird das richtige Verhältnis erreicht sein! Es kommt aber hinzu, daß in jenen industriellen Hauptzentren die Gewerkschaftsbewegung in der Hauptsache nur von ein oder zwei Berufsgruppen getragen wird. Der Regierungsbezirk Oppeln (ober-schlesisches Industriegebiet) wies 1903 2522 Gewerkschaftsmitglieder auf, davon waren 800 Bergleute und 229 Metallarbeiter; in Oberschlesien arbeiten aber etwa 200 000 Arbeiter in der Bergwerks-, Gürtens-, Stahl- und Eisenindustrie. Im Düsseldorf-Bezirk wohnten 38 529 Gewerkschaftsmitglieder, von ihnen gehörten 12 601 dem Bergarbeiter-, 7294 dem Metallarbeiter-, 7819 dem Textilarbeiterverband an. Also über 70 Prozent der Organisierten am hochindustriellen Niederrhein sind Berg-, Metall- oder Textilarbeiter; natürlich werden sie, zumal die Bergarbeiter, die allein über 30 Prozent der Organisierten ausmachen, die taktischen Anschauungen der Gewerkschaftsleiter beeinflussen. Noch merkwürdiger ist das Verhältnis im Regierungsbezirk Arnberg. Hier waren von den 38 911 Organisierten (33 Zentralverbände) 31 157 Bergarbeiter und nur 2019 Metallarbeiter, 1520 Maurer, 676 Holzarbeiter. Dabei arbeiten in Rheinland-Westfalen Hunderttausende auch in der Eisen-, Stahl-, Textil-, Holzindustrie usw., weit mehr noch, wie in den Bergwerken. Jedoch waren 1903 von den 97 951 Mitgliedern sämtlicher Zentralverbände allein 47 683, = 50 Prozent, Bergarbeiter! Würde man die Statistik noch mehr spezialisieren, so ergäbe sich, daß in zahlreichen schlesischen und rheinisch-west-

fälischen Landgemeinden und Städten über 90 Prozent der Organisierten nur Mitglieder des Bergarbeiterverbandes sind.

Nun haben Trältsch-Girschfeld auch für 1903 die geographische Verteilung unserer Konkurrenzorganisationen, der Girsch-Dunderschen und der „christlichen“ Gewerksvereine ermittelt. Besser wie eine lange Abhandlung werden nachfolgende Zahlen beweisen, warum die Kollegen in unseren mitteldeutschen und norddeutschen Hochburgen oft nicht verstehen, weshalb die Taktik der westdeutschen Gewerkschaftsleiter nicht mit der in anderen Bezirken geübten übereinstimmen kann. Es wohnen von den Mitgliedern der:

	freien Gewerkschaften	Girsch-Dundersche u. christl. Gewerksvereine
in Preußen	56,5 Prozent	79,1 Prozent
„ Bayern (rechtsrheinisch)	6,2	5,0
„ Sachsen	12,3	3,1
„ Thüringen	3,2	0,9
„ Hamburg	6,0	0,2
„ Berlin	18,4	4,2
„ Schlesien	3,9	8,5
„ Hessen-Nassau	2,9	0,6
„ Westfalen	6,3	24,9
„ Rheinland	6,5	22,6

Schlesien ist der Hauptverbreitungsbezirk der Girsch-Dunderschen Gewerksvereine, sie besitzen dort 16 Prozent ihrer gesamten Mitglieder; in Westfalen sitzen 9,2 Prozent, im Rheinland 10,6 Prozent der Girsch-Dunderschen; auch im Regierungsbezirk Merseburg sind sie mit 8,4 Prozent vertreten. Noch charakteristischer ist die Verteilung der vom Zentrum beeinflussten „christlichen Gewerksvereinsmitglieder“. Von ihrer Gesamtzahl wohnten 27,5 Prozent im Rheinland, 50,3 Prozent in Westfalen, also domizilierten 77,8 Prozent der ganzen 99 249 „christlichen Gewerksvereinsmitglieder“ Deutschlands in den beiden westlichen Provinzen und hier wieder mit 64,3 Prozent in den hauptsächlich montanindustriellen Regierungsbezirken Arnberg und Düsseldorf. Leicht begreiflich, daß unsere Kollegen und Genossen in Mittel- und Norddeutschland, wo nur ganz verschwindende Bruchteile „Christlicher“ oder gar keine zu finden sind, manches, was in der rheinisch-westfälischen Gewerkschaftsbewegung geschieht, nicht verstehen. Sie werden in der neuen Veröffentlichung auch entdecken, daß die „Christlichen“ in bedeutenden Gebiets- und Industriezweigen abso- lut und potenzial stärker sind, wie unsere betreffenden Gewerkschaften.

Mit diesen Andeutungen müssen wir uns begnügen. Wem daran liegt, die deutschen Gewerkschaften, ihre Entwicklung und Existenzbedingungen im Detail kennen zu lernen, darf an dem Buche von Trältsch-Girschfeld nicht vorbeigehen.

## Agitation und deren Opfer.

Wohl gibt es in der heutigen Gewerkschaftsbewegung noch Mangelerscheinungen in dieser oder jener Hinsicht, die für eine weitere Entwicklung schädlich sein können. Ich meine dies in bezug auf den Geist der Mitglieder, sowie deren Tätigkeit in den Versammlungen. Es werden da manchmal Ansichten zu tage gefördert, worüber man eigentlich staunen muß, die aber eine volle Unkenntnis von den gewerkschaftlichen Prinzipien verraten. Was für eine Arbeit den wenig Befähigten in einer Zahlstelle obliegt, werden wohl diejenigen wissen, die jeden Tag damit zu kämpfen haben. Wohl leistet man die Aufklärungsarbeit gerne; leider wird sie von so vielen nicht anerkannt. Auch verstehen es manche nicht, sich den Anordnungen der Gesamtheit zu unterordnen. Sie meinen wunder was sie geleistet haben, wenn sie Opposition getrieben haben, und in Wirklichkeit ist manchem der Besuch der Versammlungen verweigert worden. Entgegen diesen Versammlungsbefürchtern gibt es auch Kollegen, die da glauben, wenn sie nur die Beitragsmarken kleben, dann sind sie auch organisiert. Versammlungen zu besuchen, halten sie nicht für nötig. Um aber diese Schein-Mitglieder trotzdem von dem Wert der Organisation zu überzeugen, bedarf es der Plakagitation. Diese Kleinarbeit ist der Grundstock einer Bewegung. Je intensiver sie geführt wird, je größer wird die Macht.

Was wird z. B. auf den Werkplätzen da alles geredet. Es werden Anekdoten erzählt oder man spricht über die jeweilige Größe der Kartoffeln und über den schlechten Ausfall einer Ernte usw. Ob man nun darüber seine Ansichten äußert oder nicht, besser wird es auf keinen Fall. Die Natur hat ihren eigenen Lauf, auf den niemand einen Einfluß ausüben kann. Demgegenüber wäre es weit nützlicher, wenn über Fragen gesprochen würde, die jedermann am meisten berühren. In der Geschichte der Arbeiterbewegung gibt es nun derartige Fragen in Hülle und Fülle. Aber diese zu diskutieren, müßte ein weit größeres Interesse bei den Mitgliedern oder Indifferenten erwecken, als es in Wirklichkeit manchmal der Fall ist. Die verschiedenartigen Entlohnungen, denen die Kollegen zur Ausbeutung ihrer Kräfte unterstellt sind, legen Zeugnis davon ab, wie äußerst notwendig es ist, sich über solche Fragen zu unterhalten, die dazu angetan sind, solche willkürlicher Handlungsweise der Unternehmer ein Ende zu bereiten. Die Organisationsform allein ist nicht mächtig genug, hier Remedur zu schaffen, sondern der feste Wille und die Ueberzeugung der Mitglieder ist, um dieses zu erfüllen, die erste Grundbedingung. Eine solche Ausbildung fällt manchmal schwer, da man des öfteren auf Schwierigkeiten stößt, die mit Verlust der Arbeitsstelle bestraft werden. Eine solche terroristische Handhabung von seiten des Kapitals ist nicht neu, aber eine Seltenheit, wenn sie von einem Mitgliede ausgeführt wird. Ein solcher Fall hat sich unlängst in der Kunststoffsabrik Zehrlaut, Mainz, zuge- tragen. Aus Anlaß der Gaukonferenz, welche am 7. Januar in genannter Stadt tagte, und von den Mitgliedern (als Zuhörern) schlecht besucht war, fühlte sich der Vorsitzende, Kollege Unglaube, der bei der Firma beschäftigt war, veranlaßt, seine zwei Arbeitskollegen (Verbandsmitglieder, die nicht teilgenommen hatten) zur Rechenschaft zu ziehen. In Erwägung, daß auf einer Konferenz wichtige Punkte besprochen werden, die die Verhandlungen interessant gestalten und als Aufklärungsarbeit nur nützlich sein können. Und mit einer solchen Ueberzeugung haben alle anwesenden Mitglieder (7 von 46) ihr Bedauern darüber ausgedrückt. Noch in der Mittagsstunde bemühten sich einige Kollegen, Säumige heranzuholen. Und ein Vorstand hat überhaupt die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, für den Ausbau der Organisation und der geistigen Hebung der Mitglieder zu sorgen, unbekümmert was für Opfer entstehen mögen. Gleichfalls müssen die Mitglieder ihn unterstützen und selbst mit Hand anlegen. Nun zurück zu den zwei Arbeitskollegen. Beide hatten eine Entschuldigungsverzögerung gesucht, einer wegen

schlechtem Wetter (?), der andere wegen seinem kranken Kinde. Ersterer nahm die Mühe als berechtigt an, der andere, Steinhauer Clemens Seib aus Gonzenheim (1 1/2 Jahr Mitglied), pfiff aus einem anderen Loche. Er gab eine ganz überzeugungs- lose Erklärung ab, die darin bestand: „Ich bezahle jede Woche meine Beitragsmarke, bin nicht rückständig und sonst kann mir keiner nichts nachsagen.“ Er hat getan, wie noch so viele andere, nur dann bezahlt, wenn er mußte. Ich frage nun jemand, ist das eine Organisation, die auf solchen Stützen ruht? Als organisiertes Mitglied genügt nicht allein die Beiträge zu entrichten, sondern man muß sich auch über deren Ziele vergewissern. Die letztere Aufklärung ließ ich ihm zu teil werden. Ein regelmäßiger Versammlungsbefürcher war er nicht, da er selbst im vorigen ganzen Jahr nur höchstens zweimal besucht hat. Und mit solchen Mitgliedern soll man in einen Kampf ziehen, die nicht wissen, welchen Prinzipien sie huldigen.

Meine kurze wahrheitsgemäße Aufklärung berietete ihn peinlich berührt haben, denn seine Gesichtszüge berieten dies. Die Kollutur brach nachmittags aus mit den Worten: „Ich werde dir eins reinbroden.“ Ich muß hier noch betonen, daß zwischen uns eine solche Auseinandersetzung noch nicht stattgefunden hat. Sein Rindigungsgrund beim Geschäft war der: „wegen Unglauben und dessen Agitation“. Gleichzeitig wollte er aber das Geschäft vor die Alternative stellen, entweder ich oder er. Und trotz seiner Naivität ist ihm dies glänzend gelungen. Dem Unternehmer war es Wasser auf seine Mühle. Ich wurde natürlich entlassen. Was trat nun ein? Das Lohnsystem gegenüber dem früheren wurde sofort geändert. Zu diesem Vorgehen haben vermutlich noch andere Geschäftselemente mitgewirkt. Das traurigste von allem war noch, wie ich schon erwähnte, daß, als der Vorsitzende seine Entlassung erhalten hatte, der Liebling des Meisters wieder fortarbeitete. Dieser Vorfall hat selbst unter den übrigen Arbeitern große Entrüstung hervorgerufen.

Kollegen, hier sehn wir also wieder, mit welchen Elementen wir in unseren eigenen Reihen noch zu rechnen haben. Um sie als klassenbewußte Arbeiter zu erziehen, ist es notwendig, sie mit den gewerkschaftlichen Prinzipien mehr als bisher vertraut zu machen. Vor allen Dingen muß darauf hingewirkt werden, die Kollegen im Handeln mehr selbständig zu machen. Mainz. A. U.

## Auch ein Wort zur Unterstützungsfrage.

Ich war immer ein Gegner von allen Unterstützungs- einrichtungen innerhalb unserer Organisation, da ich mir immer sagte, dieselben nehmen ihr den Kampfscharakter und sie verflacht schließlich zu einer bloßen Unterstützungsorganisation. Da aber der Ruf nach Unterstützungen immer lauter wird, auch andere Berufe dieselben schon zum Teil eingeführt haben, werden wir nicht umhin können, etwas in dieser Richtung zu schaffen. Es handelt sich aber hauptsächlich um das Wie? Da die Orts- verhältnisse in unserem Berufe sehr verschieden sind, so müssen selbstverständlich auch die Ansichten über die Unterstützungs- einrichtungen verschieden sein. Aber wenn wir die Kollegen in den Städten sowie in den Bruchgebieten fragen, so wird man sagen müssen, daß ein jeder die eine oder die andre Unter- stützung in Anspruch nehmen kann, das heißt, daß er krank oder arbeitslos werden wird. Die verheirateten Kollegen, die in den Städten arbeiten, sind mehr arbeitslos als die in den Bruchdistrikten. Die finanziellen Anforderungen unserer Kol- legen in den Städten sind viel größer durch Miete u. dergl. als auf dem Lande, es ist ihnen aber leichter, sich gegen Krankheit zu versichern, da in den Städten verschiedene Zusatzklassen oder Zahlstellen der freien Hilfsklassen vorhanden sind. Auch für die ledigen Kollegen ist es schwer, längere Zeit sich arbeitslos in den Städten aufzuhalten. Wenn ihnen keine Mittel zur Ver- fügung stehen, so sind sie gezwungen, auf die Wanderschaft zu gehen. Darum werden auch die Kollegen in den Städten eher für eine Arbeitslosen- als für eine Krankenunterstützung zu haben sein. Anders steht die Sache in den Bruchgebieten. Die Kollegen sind dort meistens (!) ansässig, haben nicht selten auch einigen Grund und Boden, wo sie sich ihre notwendigen Lebensmittel selbst erbauen können und darum auch, wenn sie im Winter wirklich einige Wochen aussetzen müssen, die Arbeits- losigkeit nicht so schwer empfinden, wie die in den Städten. Auch können sie leichter noch Verdienst finden, durch Abräumen und bergleichen Arbeit. In der Stadt, wenn im Winter der Bau eingestellt oder fertig gestellt ist, ist jeder Verdienst aus- geschlossen. Da aber auf dem Lande die Krankengelder durch- schnittlich viel niedriger sind als in den Städten, auch die Ge- legenheit fehlt zu einer weiteren Krankenunterstützung, so wer- den dieselben eher für eine Krankenunterstützung eintreten. Um nun beiden Teilen gerecht zu werden, wäre meiner Ansicht nach die Erwerbslosenunterstützung die beste. Nun kann ein- gewendet werden, diese Unterstützung wird schließlich von manchen Kollegen zu stark ausgenützt. Dieser Einwand ist hin- fällig. Schon dadurch, daß der Bezug kein so hoher ist, kann von einer rapiden Inanspruchnahme der Unterstützung nicht ge- sprochen werden. Wir haben heute nur die nicht beneidenswerte Reiseunterstützung, aber so mancher verheiratete Kollege zahlt das ganze Jahr seine Beiträge, aber kein Mensch bekümmert sich darum, wenn er arbeitslos oder krank wird, von was er lebt. Es ist ihm nicht möglich, auf die Wanderschaft zu gehen. Durch Einführung der Erwerbslosenunterstützung wäre auch noch ein kleiner Rückhalt für die Kollegen geschaffen, welche infolge ihrer Agitation indirekt gemäßigelt werden; denn die Kollegen, welche heute für den Verband eintreten und agitieren, sind die ersten, die bei nächstbesther Gelegenheit entlassen werden. So ist es auch mit einem direkt gemäßigelten Kollegen; er wird eine kurze Zeit unterstützt oder er bekommt auf 8 oder 14 Tage Arbeit, dann ist die Maßregelungsunterstützung aufgehoben und kein Mensch kümmert sich mehr um ihn. Darum ist es auch so schwer, die nötigen Kräfte zu finden bei einer Neuwahl. Zum Schluß möchte ich noch einige Worte zu der Beitragsleistung anführen, vielen ist bei Einführung des Unterstützungswe- sen der Beitrag zu hoch. Auch auf der Gaukonferenz in Regensburg wurde ausgeführt, die Unterstützung wäre schon recht, aber der Beitrag ist zu hoch. Das ließe sich schließlich in der Weise regeln, daß man Klassen einführt, wie wir sie schon heute bei der Streikunterstützung haben, wer wenig bezahlt, bekommt wenig. Auch die Karenzzeit von einem Jahr wird viele Kollegen vor den Kopf stoßen, ich glaube, es könnte diese ersetzt werden durch Einziehung einer entsprechenden Extrafsteuer zur Schaf- fung eines Grundfonds. Die Extrafsteuer wäre im Frühjahr ein- zuziehen, aus den laufenden Beiträgen könnten nach Einführung gleich die Unterstützungsätze bezahlt werden.

J. St., München.

## Nur Anstellung besoldeter Gauleiter

ist schon vieles geschrieben worden. Auch ich fühle mich veranlaßt, meine Meinung zu einigen Punkten zu sagen. Erfreulich ist, daß man der Anstellung von Kollegen, die ihre ganze Kraft der Sache zu widmen haben, nicht mehr so antipathisch gegenübersteht wie früher. Es ist dies ein Zeichen, daß auch unsere Kollegen begriffen haben, daß die Gauleiter ohne Bewohnung auch mit dem besten Willen und der größten Anstrengung keine ganze

Arbeit leisten konnten. Der Mangel an Zeit ist hauptsächlich schuld, daß die Kassenbücher der Zahlstellen nicht richtig und regelmäßig revidiert werden könnten und daß die innere Entwicklung einer Zahlstelle nicht in dem Maße überwacht werden kann, wie es notwendig ist, wenn der Verband, um einmal mit H. B.-n. zu reden, ebenso in die Tiefe wachsen soll, wie er in die Breite wachsen ist. Die Zahl der anzustellenden Gauleiter wird sich notwendigerweise erst auf dem Verbandstage selbst feststellen lassen. Doch möchte ich jetzt schon davor warnen, daß man bei der Anstellung eines Gauleiters immer fragt, wird es sich auch rentieren? Ich meine, wir haben jahrzehntelang Tausende und Abertausende von Mark ausgegeben für die Agitation und am Jahresabschluss sehen müssen, daß unser Mitgliederstand nur stabil geblieben ist. Wenn das letzte Jahr eine rühmliche Ausnahme gemacht hat, dann muß dies erst recht der Ansporn sein, das Eisen zu schmieden, solange es warm ist, das heißt, aus der aufsteigenden Geschäftskonjunktur auch für uns Vorteil herauszuschlagen. Wenn wir den Steinarbeiterverband endlich auf die Höhe der Zeit bringen wollen, wenn wir mit dem Anwachsen der übrigen Gewerkschaften gleichen Schritt halten wollen, dann dürfen wir mit der Anstellung von Gauleitern nicht so sehr knausern, bezahlgemacht werden sich die Gauleiter, wenn auch nicht im ersten Jahre schon. Wir müssen eben auch erst säen und dann ernten.

H. B.-n. spricht dann noch von der Auswahl der Personen. Teilweise mag dies berechtigt sein; aber nur insoweit, daß man möglichst Leute nimmt, die die Verhältnisse in den einzelnen Gauen schon kennen. Auch in der Agitation gilt das Wort: Man muß die Menschen nehmen, wie sie sind, und nicht wie sie sein sollen. Daß im übrigen nur dazu äußerst gut qualifizierte und erprobte Kräfte genommen werden, halte ich für selbstverständlich. Im Leitartikel in Nr. 5 des Steinarbeiters schreibt man nun auch etwas von der Gaueinteilung, und ich möchte hier darauf hinweisen, daß ich das für den 10. Gau (Mannheim) Geplante nicht ganz praktisch finde. Ich meine, wenn dem 10. Gau zu seinem jetzigen Gebiet, Odenwald, Pfalz und badisches Unterland, noch Lothringen und das Gebiet Sulzfeld-Nürnberg zugeteilt würde, dann wäre dies fürs erste mehr als genug.

Wohl heißt es, sollte die Gauleitung, d. h. der Sitz des Gauleiters, von Mannheim verlegt werden, dann käme eventuell der Odenwald zum Gau Frankfurt. Ob letzteres gut wäre, mag natürlich dahingestellt bleiben (?). (Diesen verstellten Vorwurf gegen die Frankfurter Gauleitung weisen wir entschieden zurück. Es sei nur nebenbei festgestellt, daß durch das Eingreifen der Frankfurter Gauleitung im Odenwald erst dieser große Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war. Wir wären wirklich gespannt, vom Artikelschreiber zu erfahren, welcher Grund maßgebend sein könnte, warum der Odenwald nicht dem Gau Frankfurt zugeschlagen werden dürfte. Wir schreiben im Leitartikel in Nr. 5, daß eine solche Angliederung an Frankfurt nur in Frage käme, wenn von Mannheim der Vorort verlegt werden sollte. Redaktion.) Aber nichts wäre verfehlter, als eine Verlegung des Gauleiters. Die Eisenbahnverbindung ist von Mannheim eine bedeutend bessere mit dem ganzen Agitationsgebiet, als von Karlsruhe. Denn dies kann nur in Frage kommen. Oder will man vielleicht den Gauleiter nach Straßburg unter die Fuchtel eines Köhler stellen? (?) Wenn also der Sitz des Gauleiters nach Karlsruhe käme, dann glaube ich, daß der betreffende Kollege etwas isoliert dastände. Ohne den Karlsruher Kollegen zu nahe treten zu wollen oder uns zu schmeicheln, glaube ich behaupten zu können, daß der zukünftige Gauleiter in Mannheim mehr Unterstützung finden würde, da er hier eher Leute findet, die er zur Ausübung verwenden kann als anderswo.

Möge also der Verbandstag das Für und Wider genau prüfen, aber auch die Tatsachen nicht außer acht lassen, dann wird uns die Anstellung mehrerer besoldeter Gauleiter gewiß nur Vorteil bringen. Mag Arnold.

## Herr Schmelze auf Reisen.

Lindenfels i. Odw., den 21. Januar 06.

Herrn A. N., Steinhauer.

Garmering, Post Gging b. Wilsbosen, Niederb.

Im Besitze Ihrer w. Zuschrift v. 19. c. teilen wir Ihnen mit, daß wir Pflastersteine nicht machen. — Wer jedoch als Pflastersteinhauer mit Spitzstein und Schlegel spizen und boffieren kann, findet bei uns ganz geeignete und lohnende Arbeit.

Aus beiliegender Abschrift eines Briefes an einen Steinmetz in Büchberg erfahren Sie über Akkord, Arbeitszeit usw. näheres, dies gilt auch für Sie.

Unser Herr Schmelze ist gestern nach Passau abgereist, um in dortiger Gegend Steinhauer abzuholen. Wir werden diesem Ihre Adresse mitteilen, damit er Ihnen Nachricht gibt oder ev. selbst dorthin geht, um Sie und Ihre Kollegen, wie Sie schreiben, gleich mitzunehmen. Herr Schmelze wird in diesem Fall das Reisegeld und auch die Bezahlung bezahlen. Beifolgend senden wir Ihnen Zugverbindung, und wird unser Herr Schmelze das nähere mit Ihnen persönlich besprechen.

Achtungsvoll!

Für Kreuzer u. Wöhlinger

C. Robert.

Auf Niederbarnen ist es abgesehen. Die modernen Sklavenshalter hoffen, dort das gebuldigste Ausbeutungsmaterial zu erhalten. Die krampfhaften Anstrengungen, welche gemacht werden, sind jedoch ohne Erfolg. Die Steinarbeiter werden „unserm Herrn Schmelze“ schon die gebührende Antwort geben und den „Schmelzen“ Lothruken keine Folge leisten.

Die lohnende Arbeit, wie in obigem Briefe zu lesen, ist ja sprichwörtlich unter den Granitarbeitern. Bekannt ist letzteren auch, für wen die Arbeit „lohnend“ war. Das sind die Firmeneinhaber, welche bekanntlich als ein paar arme Schluher dort zureisten und ihren jetzigen Reichtum nur auf Kosten der Arbeitskraft der Arbeiter gesammelt haben. Die Granitarbeiter wissen ein Liedchen davon zu singen und weisen deshalb die Angebote der Firma und ihrer Helfer zurück.

## Bericht der Gaukonferenz des 8. Gaus

Vorort: Düsseldorf.

Die Gaukonferenz fand am 21. Januar in Arefeld statt. Anwesend waren 16 Delegierte, welche neun Zahlstellen des Gaus vertraten, sowie die Gauleitung. Tagesordnung: 1. Bericht der Gauleitung; 2. Agitation und Organisation; 3. Stellungnahme zur Generalversammlung; 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Antrag des Kollegen Martern-Düsseldorf eine Mandatsprüfung vorgenommen.

Bericht der Gauleitung: Der Gauleiter Kollege Schmitt berichtet, daß im Laufe des Jahres 22 Agitationstouren und Versammlungsbefuche von der Gauleitung unternommen wurden, welche meistens Sonntags eingerichtet wurden. Begründet wurden vier Zahlstellen und für eine, die dem Gau nicht zugeteilt wurde, die Vorarbeiten gemacht. Die Zahl der Mitglieder ist nach den Angaben, soweit sie der Gauleitung zugegangen, von 270 im zweiten Quartal 1904 auf 480 im zweiten Quartal 1905 gestiegen, also um 210. Demnach hätten also die Einnahmen an Beiträgen circa 800 Mk. mehr betragen. Die Einnahme der Gaukasse betrug inklusive Bestand vom 1. Januar 1905 255,59 Mk., die Ausgaben 197,86 Mk., bleibt ein Bestand von 57,73 Mk. Kollege Schmitt bemerkt noch, daß eigentlich nicht der gewünschte Erfolg erzielt werden konnte, da die Gauleitung von seiten der Zahlstellen nicht genügend unterstützt worden sei. Dies sei nur von Köln II und Arefeld bei Gründung von Zahlstellen geschehen. Die Rundschreiben und Fragebogen wurden nur teilweise von den Zahl-

stellen beantwortet. Auch konnte Kollege Schmitt infolge seiner Familienverhältnisse nicht mehr wie er wollte und sollte, und legte er auch den Posten als Gauleiter nieder. Weiter teilt Kollege Schmitt dem Jünger der Zahlstelle Düsseldorf mit der Gauleitung mit und gibt auch manches zu, dagegen wurde auch das Verhalten der Zahlstelle Düsseldorf als Vorort scharf kritisiert.

Auf Antrag des Kollegen Martern-Düsseldorf wurden die Kollegen Werner, Guster und Dunkel zur Revision des Gaubuches bestimmt. Diese teilten mit, daß alles in Ordnung sei und persönliche Ausgaben und Speise nicht zu hoch seien. Es wurde so dann noch erklärt, daß den Gauleiter die Schuld nicht allein treffe, da alle Arbeiten im Nebenamt besorgt werden müßten, und es trägt einen großen Teil der Schuld die Zahlstelle Düsseldorf.

Agitation und Organisation: Es wurde die Anstellung besoldeter Gauleiter befürwortet. Kollege Guster-Dortmund teilt mit, daß er im Ruhrgebiet schon Agitation betrieben und diese im kommenden Frühjahr erneuert werden sollte, und bemerkte noch, wie schwer es sei, dort Agitation zu betreiben; man solle die Sache sich nur nicht so leicht denken. Er habe bei der Agitationsversammlung von Starke in Dortmund tags vorher wohl 2000 (?) Kollegen in den Rührchen begrüßt und auf die Versammlung aufmerksam gemacht, doch das Resultat war gleich Null. Gätte man schließlich doch einen Teil italienische Kollegen gewonnen und würden diese etwas tätig sein, so hätten sie fortwährend mit Landesverweisung als lästige Ausländer zu rechnen, wie im Vorjahre in fünf und jetzt wieder in zwei Fällen. Die Zahlstelle Essen beantragt die Anfertigung eines Flugblattes in deutscher und italienischer Sprache, das in diesem Frühjahr zur Verbreitung kommen soll. Der Antrag wurde angenommen und die Ausarbeitung der Elberfelder Kommission überwiesen. Die Kosten sollen von der Gaukasse gedeckt und die Verbreitung von den Zahlstellen übernommen werden.

Stellungnahme zur Generalversammlung: Kollege Lamberts-Essen beantragt: Wo die Zahlstellen weit voneinander entfernt sind, soll die Reiseunterstützung durch ein Gewerkschaftskartell oder eine andere Organisation erfolgen. In Essen soll in Zukunft auch Reiseunterstützung bezahlt werden.

Womers-Eberfeld beantragt: 1. Die Karenzzeit bei der Reiseunterstützung soll 26 Wochen betragen und alle zwei Tage auszuhaltbar werden. 2. Bessere Ueberschreibungsbedingungen mit den Bruderorganisationen der einzelnen Staaten anzubahnen. 3. Der Zentralvorstand möge den Ankauf größerer Werte in die Hand nehmen, damit bei Streiks und Maßregelungen die Kollegen teilweise Unterstützung hätten.

Martern-Düsseldorf beantragt: 1. Einführung einer Einheitsmarke unter Berücksichtigung der bisherigen Klassen mit entsprechender Erhöhung und den Wegfall aller übrigen Marken. 2. Bei Neuaufnahmen sind die Bücher von der Zentrale auszustellen. 3. Der Anstellung besoldeter Gauleiter ist stattzugeben.

Die Einführung der Krankenunterstützung von seiten des Verbandes wurde zugegeben.

Mit der Annahme dieser Anträge hatten sich die Arbeiten der Konferenz erledigt.

## Korrespondenzen.

**Bensheim.** Am 31. Januar tagte im Gasthaus zur Linde unsere gut besuchte Generalversammlung. Kollege Gahdn wurde als Kandidat zum Verbandstag nach Nürnberg gewählt. Ueber die Ausnützung fremder unorganisierter Kollegen der Verbandskasse gegenüber diene folgendes Beispiel: Kürzlich kamen zwei Kollegen; der eine sagte, er habe von der Firma K. u. B. 7 Mk. pro Tag versprochen bekommen; wenn wir ihm nicht 25 Mk. geben zur Abreise, dann fange er einfach zu arbeiten an. Wir werden nächstens den Namen veröffentlichen, damit er sein Geschäft nicht so weiter betreibt. Der zweite war überhaupt kein Steinhauer. Er hatte vom Geschäft eine Karte, daß er als Steinmetz eingestellt sei, der wollte uns ebenso beschwindeln. Im übrigen hat die Firma mit den zugereisten Arbeitswilligen kein Glück. Erstens sind es sehr wenige und zweitens sind es keine gelehrten Steinmetzen. Wer auf Schenit oder schwebischen Granit arbeiten will, der muß eben sein Handwerk gelernt haben. Die Firma K. u. B. sucht natürlich überall Arbeitskräfte aufzutreiben. Der Erfolg war bisher negativ. Insbesondere war Bayern außersehen, Arbeitswillige in Masse zu liefern, doch die Landleute der Herren Kreuzer u. Wöhlinger ließen diese schände im Stich. Ueber diesen Hergang sollen K. u. B. sehr saure Gesichtser gezogen haben.

**Berlin II.** In der am 30. Januar stattgefundenen Versammlung wurde Stellung zum Verbandstag in Nürnberg genommen. Zum 2. Punkt der provisorischen Tagesordnung wurde zum Punkt Presse folgender Antrag gestellt und einstimmig angenommen: Im Steinarbeiter ist eine ständige Rubrik einzuführen, in der nach erfolgter Anmeldung jede in folgender Woche stattfindende Versammlung bekannt zu geben ist. Begründend wurde angeführt, daß dies sehr praktisch wäre in betreff des Versammlungsbesuchs, denn da jetzt jeder Kollege den Steinarbeiter erhält, so könne er daraus ersehen, wann in der Zahlstelle, welcher er angehört, eine Versammlung stattfindet. Zum Punkt Anstellung von besoldeten Gauleitern wurde von einigen Rednern der Wunsch geäußert, auch Marmorarbeiter als Gauleiter anzustellen. Jedoch die meisten Kollegen waren der Ansicht, daß es ganz gleich sei, ob der Anzustellende Sandsteins oder Marmorarbeiter sei, die Hauptsache ist, daß derselbe auch die Fähigkeit besitzt, dieses Amt zu bekleiden. Im großen und ganzen war die Versammlung für Anstellung besoldeter Gauleiter. Eine sehr lebhaft Debatt entspann sich über den 5. Punkt: Unterstützungsvereinigungen. Die Erwerbslosenunterstützung sei in unserm Verband noch nicht durchführbar. Etwas andres sei es mit der Krankenunterstützung. Nach dem Entwurf, den der Zentralvorstand aufgestellt hat, würden wir daselbe bekommen, was unsere Zahlstelle bezahlte, im dritten Jahre sogar etwas mehr. Jedoch mit einem Beitrag von 10 Pfg. pro Woche sei dieselbe nicht durchführbar. Man sehe es ja bei unserer Kasse, denn wir müßten doch schon 18 Pfg. zahlen, weil bei dem bisherigen Beitrag von 10 Pfg. dieselbe nicht lebensfähig geblieben wäre. Außerdem kämen bei uns noch die Vergnügungsüberschüsse hinzu, die doch dort ganz fehlen. Also über kurz oder lang müßten die Beiträge noch mehr erhöht werden und die Konsequenz sei, daß viele Mitglieder dem Verbands den Rücken kehren würden, resp. neue Mitglieder infolge dieser hohen Beiträge nicht zu gewinnen seien. Diese Unterstützung als Agitationsmittel zu benutzen, sei zu verwerfen. Denn wer kein Interesse für den Verband hege, dem zöge dieses auch nicht an. Vor allen Dingen sei erst dafür zu sorgen, daß die noch fernliegenden herangezogen werden und diesen bessere Lebensbedingungen geschaffen würden, damit dieselben auch imstande seien, höhere Beiträge zu zahlen, was doch bei den jetzigen Verhältnissen gänzlich ausgeschlossen sei. Die Versammlung war also aus diesen Gründen auch gegen die Einführung der Krankenunterstützung, man war der Meinung, daß diese den einzelnen Zahlstellen sollte überlassen bleiben, wie es bis jetzt gewesen wäre. Statt dessen aber wurde eine bessere Ausgestaltung der Reise- sowie Maßregelungsunterstützung gewünscht. Es ist bezeichnend für unsere Zahlstelle, daß von 203 Mitgliedern 66 in der Versammlung anwesend waren, obwohl es sich doch um wirklich sehr wichtige Sachen handelte.

**Riel.** Am 2. Februar fand unsere übliche Monatsversammlung statt. Unser Vorsitzender verlas mehrere eingegangene Briefe, u. a. einen vom Gauleiter in Hamburg. Dann teilte er uns die Kandidatur der Delegierten zum Verbandstage mit, welche uns von Hamburg vorge schlagen waren. Dieses wurde die Ursache einer sehr erregten Debatte. Die Neuperungen lauteten u. a.: Wie kann uns Hamburg auf dem Verbandstage vertreten, ohne nähere Aufklärung über hiesige Verhältnisse zu

besitzen. Wir sind von dort noch immer etwas tiefmütlich behandelt worden. Es erscheint uns dringend notwendig, vorher noch eine Konferenz abzuhalten. In den letzten Jahren ist hier die Fortschreibung besonders herorgetreten. Wir stehen zurzeit in Lohnunterhandlungen. In Anbetracht der Teuerung und der Wohnungsverhältnisse sind wir gezwungen, eine Aufbesserung der Löhne zu fordern. Von seiten der Unternehmer wird uns bei solchen Angelegenheiten immer die Konkurrenz anderer norddeutscher Städte, in denen die Granitproduktion vorherrschend ist, und die sich mit Lieferungen hier und in der Provinz beteiligen, vorgehalten. Ziel ist der Lebensweise nach eine der teuersten Städte in Deutschland und ist eine Lohnforderung wohl berechtigt. Im weiteren Verlaufe der Versammlung erstattete der Delegierte den Bericht vom Gewerkschaftskartell. Sodann wurde ein Antrag angenommen, für die Ausgesperrten im Odenwald 20 Mark aus der Kasse zu bewilligen.

**München.** Am 14. und 28. Januar, vormittags 10 Uhr, tagte im Restaurant Müllerbad unsere Generalversammlung. Der Kassenbericht wurde für das 4. Quartal sowie für das ganze vergangene Geschäftsjahr in ausführlicher Weise vom Kassierer Karl Oswald gegeben; demselben ist zu entnehmen, daß am Schlusse des 4. Quartals der Kassenbestand 1461,65 Mk. betrug. Nachdem einige Kollegen über einzelne Punkte des Jahresberichts Aufschluß verlangten und denselben in zufriedenstellender Weise vom Kassierer erhielten, erklärten die Revisoren Stadler und Frei, daß sie Bücher und Kasse in besserer Ordnung fanden, was auch Vorsitzender Straubinger, der auch an der Revision teilnahm, bestätigte. Zum Vorstandsbericht gibt 1. Vorsitzender Straubinger in kurzen Zügen Bericht über seine erst zweimonatige Tätigkeit. Es fanden zwei Ausschusssitzungen und eine Platzvertreteritzung statt. Ausläufe hatte derselbe für Briefe und Karten 116, Einläufe 82. Aus der Neuwahl gingen folgende Ausschusssmitglieder hervor: 1. Vorsitzender Straubinger, 2. Vorsitzender Streifeneber, Kassierer Karl Oswald, Schriftführer Richard Oswald, Revisoren Fuchs und Köpfel. Zu Punkt Verbandsangelegenheiten erstattete Delegierter Streifeneber Bericht über die am 26. Dezember in Regensburg tagende Gaufonferenz vom Gau 13, ihm schlossen sich noch Delegierter Straubinger sowie Gauleiter Rint an.

**Odenburg.** Am 21. Januar fand hier eine von allen Kollegen besuchte Versammlung statt. Es wurde beschlossen, den Zugang nach Odenburg fernzuhalten. Von den drei Hauptplätzen, Hög, Woschen und Neumann, ist der erstere ein Laubenschlag für Schleifer und Arbeitsleute. Bei Woschen (Zement- und Kunststeinfabrik) werden verheiratete Kollegen, welche organisiert sind, ohne weiteres aufs Pflaster geworfen, unorganisierte werden weiterbeschäftigt. Auf dem dritten Platz werden bloß unorganisierte beschäftigt. Eine solche Behandlung können sich die organisierten Kollegen auf keinen Fall mehr gefallen lassen. Den Meistern müssen wir bei günstigerer Jahreszeit klar machen, daß hier auch noch eine Zahlstelle des Steinarbeiterverbandes besteht. Die Versammlung wünschte weiter, daß dieser Bericht im Steinarbeiter veröffentlicht wird.

**München.** Die Firma Bergenthal sucht seit 14 Tagen 30 bis 40 Steinmetzen im Arbeitsmarkt (Essen) unter der Chiffre: Rühener Grünandssteinwerke. Auf diese Annonce hin sind 10—14 Mann zugeeifert, welche folgende Zustände gefunden haben: 1. Schlechte Akkordpreise; 2. Daß man allen Witterungsverhältnissen ausgesetzt ist (schlechte Wuden); 3. Unge-nügendes Werkzeug. Selbstige Firma sucht für den Neubau des Krankenhauses in Soest innerhalb 8—14 Tagen weitere 20 Mann hier anzunehmen und nach dort zu schicken. Wir ersuchen sämtliche Kollegen, auf obige Verhältnisse aufmerksam zu machen und den Platz zu meiden bis geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Sobald unser Wunsch erfüllt ist, werden wir sofort Nachricht erstatten.

**Speyer.** Am 28. Januar fand im Gasthaus zum römischen Kaiser unsere Generalversammlung statt. Kollege Semar verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1905 und daran anschließend die Jahresabrechnung. Die Gesamteinnahme betrug 427,66 Mark, die Ausgabe 373,65 Mark, demnach bleibt ein Kassenbestand von 54,01 Mark. Der Vorsitzende sprach im Namen der Kollegen seinen Dank aus für die große Mühe, die sich Kollege Semar hierbei gegeben hat. Hierauf erstattete der Vorsitzende den Bericht über die Gaufonferenz in Mannheim. Die Versammlung hat dagegen nichts einzunehmen. Dann wurde die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen und es wurden folgende Kollegen gewählt: Hans Jäger, 1. Vorsitzender, Friedrich Breh, 2. Vorsitzender, August Semar, Kassierer, Joseph Schimpf, Schriftführer, Heinrich Krahl und Georg Grimm, Revisoren. Die Mitgliederzahl beträgt hier zurzeit 30 Mann; sie hatte im letzten Jahre eine Zunahme von 14 Mann zu verzeichnen. Wegen vorgerückter Zeit mußten noch verschiedene Punkte bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

## Quittung.

Für die ausgesperrten Kollegen im Odenwald sind an freiwilligen Unterstützungen weiter folgende Summen in Bensheim eingegangen:

Zahlstelle Heppenheim a. d. B., 2. Rate . . .	14,30 Mk.
Zahlstelle Bad Dürkheim . . .	20. —
Gewerkschaftskartell Seligenstadt . . .	50,90 "
Zahlstelle Grünfeld, durch Adam Rögler . . .	10. —
Zahlstelle Lössau (Sachsen) . . .	20. —
Zahlstelle Hochstätten (Pfalz) . . .	6. —
Zahlstelle Heppenheim a. d. B., 3. Rate . . .	53,56 "
Heinrich Hecher, Schneider in Kiel . . .	5. —
Zahlstelle Kirchheim b. Würzburg . . .	33,80 "
Durch Alois Holzhammer, Steinhauer, Rimm-bach (Odenwald) . . .	6,75 "
Durch Kol. Herm. Lamberts, Essen a. d. Ruhr . . .	20. —
Durch Joseph Raim, Steinmetz, Wirlenau . . .	9,20 "
Durch Otto Haad, Hamburg 28 . . .	10. —
Zahlstelle Hiltrup (Westfalen, Kr. Münster) . . .	20. —
Verband d. Steinhauer Offenbach a. M., 2. Rate . . .	40. —
H. Häusler, Frankfurt a. M. . .	51,20 "
Zahlstelle Erfurt, durch Otto Reisinger . . .	20. —
Genosse Hülser, Mainz . . .	175. —
Genosse Hülser, Mainz . . .	110. —
Heinr. Seibert, Schneiderverband, Darmstadt . . .	8. —
Arbeitersekretär Scharr, Darmstadt . . .	70. —
Offenbacher Abendblatt . . .	83,05 "
Buchdruckerverband, Darmstadt . . .	40. —
Zahlstelle Zwingenberg a. d. B. . .	5,80 "
Job. Brunner, Steinmetz, Neustadt (Odenw.) . . .	16,10 "
Summa: 898,66 Mk.	

Den Spendern sagen wir an dieser Stelle den herzlichsten Dank. Max Hobeberger, Kassierer, Bensheim, Mannheimer Str. 86.

**Im 14. Gau** sind bis zum 29. Januar folgende Gaubeiträge für das 4. Quartal 1905 eingegangen: Reichenhausen 3,32 Mk., Eßelsbach 1,50 Mk., Manfeld 1,46 Mk., Remmbach 3,69 Mk., Eßelsbach 8,86 Mk., Odenfurt 8,53 Mk., Marktbreit 3. — Mk., Nürnberg 12,08 Mk., Heilbrunn 3,75 Mk., Stadtprojekten 4,12 Mk., Faulbach 4,79 Mk., Grünfeld 5,87 Mk., Müllenberg 8,43 Mk., Kirchbach 10,91 Mk., Gartheim 1,74 Mk., Feschenbach 6,12 Mk., Kirchheim 7,64 Mk., Gailbach 1,90 Mk.

Die übrigen Zahlstellen, die bis jetzt ihre Gausteuer für das 4. Quartal 1905 noch nicht entrichtet haben, werden ersucht, dieselbe umgehend an mich einzufenden; dieselbe beträgt im 4. Quartal 1905 pro verkaufte Beitragsmarke 1 Pfg.

Diejenigen Zahlstellen, welche Kontrollkarten oder Schreibutensilien brauchen, mögen sich umgehend an mich wenden. Joh. Mittenmeier, Gauleiter.